

Islamische Bekleidung: Sexismus und Islamfeindlichkeit in den imperialistischen Kernländern

Rebecca Anderson, Red Flag Großbritannien, *Fight, Revolutionäre Frauenzeitung* Nr. 8, März 2020

In den letzten zehn Jahren haben viele europäische Länder Frauen verboten, islamische Kleidung zu tragen. PolitikerInnen haben dazu tendiert, diese islamfeindlichen Gesetze als Integration oder Frauenbefreiung zu verkleiden und sie damit zu rechtfertigen, dass sie genau den Frauen zugutekommen, deren Rechte beschnitten werden.

Die Verbote sind von Land zu Land unterschiedlich und umfassen die Burka, die Kopf und Gesicht einschließlich der Augen bedeckt, den Niqab, der Kopf und Gesicht, aber nicht die Augen bedeckt, und den Hidschab oder das Kopftuch, das nur den Kopf bedeckt.

Zunehmende Islamophobie

Der Rassismus gegen MuslimInnen in Europa und Nordamerika hat nach den Anschlägen vom 11. September 2001 in den USA, den darauf folgenden

Invasionen im Irak und in Afghanistan sowie dem Syrienkrieg deutlich zugenommen. Mit der Invasion und Besetzung der Länder des Nahen und Mittleren

Ostens kam der Terrorismus durch diejenigen auf, die sowohl durch den Konflikt

selbst als auch durch die soziale Isolation und den Rassismus, denen sie als MuslimInnen in Ländern wie Großbritannien, Frankreich und den USA ausgesetzt waren, radikalisiert wurden.

Im Jahr 2019 richteten sich 47 Prozent der Hassverbrechen in Großbritannien gegen MuslimInnen. Frauen waren in der Regel die meisten Opfer, wobei weiße Männer am ehesten als Täter in Frage kamen. In den USA gibt es ein ernstes Problem mit der beiläufigen Berichterstattung über Hassverbrechen, die ebenfalls nur langsam veröffentlicht werden, aber es gab eine 2000-prozentige Zunahme der Angriffe und solche Vorfälle verharren auf hohem Niveau.

Verbot der islamischen Kleidung

In diesem Zusammenhang sind die Staaten dazu übergegangen, muslimischen Frauen das Tragen traditioneller islamischer Kleidung zu verbieten, was in der Bevölkerung breite Unterstützung findet. Eine 2016 in Großbritannien durchgeführte YouGov-Umfrage ergab, dass mehr als zwei Drittel der Bevölkerung ein Verbot der Burka unterstützten, wobei die 18-24-Jährigen die einzige Altersgruppe waren, die sich gegen ein Verbot aussprachen. Umfragen ergaben ein ähnliches Maß an Unterstützung für ein Verbot in Deutschland, jedoch eine Zweidrittelmehrheit gegen ein Verbot in den Vereinigten Staaten, was vielleicht eine historisch-kulturelle Opposition gegen die staatliche Einmischung in persönliche Angelegenheiten widerspiegelt.

Im Jahr 2011 war Frankreich bekanntlich das erste europäische Land, das Burkas und Niqabs verboten hat. Dasselbe Gesetz verbot

Staatsangestellten, einschließlich Lehrerinnen, das Tragen von Hidschabs. Belgien folgte schnell dem Beispiel und verbot Burkas und Niqabs drei Monate

später, während die Niederlande 2016 ein ähnliches Gesetz verabschiedeten.

Die deutsche Bundeskanzlerin Merkel hat sich für Verbote im Jahr 2016 ausgesprochen: „Der volle Gesichtsschleier ist unangemessen und sollte verboten werden, wo immer es rechtlich möglich ist“. Die Hälfte der sechzehn deutschen Bundesländer hat Vorschriften eingeführt, die es muslimischen Lehrerinnen verbieten, ihr Haar oder ihr Gesicht zu bedecken. Österreich hat 2017 den Niqab und die Burka in Gerichten und Schulen verboten.

In Großbritannien hat der Staat das Recht der Frauen, ihr Gesicht oder ihre Haare zu bedecken, nicht eingeschränkt, erlaubt aber einzelnen Schulen, Verbote auszusprechen.

Eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gegen das französische Verbot ist gescheitert, und so wurde diese Behandlung muslimischer Frauen auf supranationaler Ebene gebilligt, so

dass europäische Frauen keine weiteren Rechtsmittel gegen diese Verbote besitzen.

Die „feministische“ Verteidigung

Das Verbot islamischer Kleidung hat bei den rechten FeministInnen Unterstützung gefunden, insbesondere in Frankreich. Diese Rechtfertigungen geben der Islamophobie einen feministischen Deckmantel und wurden von den GesetzgeberInnen aufgegriffen.

Der französische Präsident Nicolas Sarkozy sagte 2009: „Das Problem der Burka ist kein religiöses Problem, es ist ein Problem der Freiheit und der Würde der Frau. Sie ist kein religiöses Symbol, sondern ein Zeichen der

Unterwürfigkeit und Entwürdigung. Ich möchte feierlich sagen, dass die Burka in Frankreich nicht willkommen ist. In unserem Land können wir keine weiblichen Gefangenen hinter einem Wandschirm aufnehmen, die von allem sozialen Leben abgeschnitten und jeder Identität beraubt sind. Das ist nicht unsere Vorstellung von Freiheit.“

Die französische feministische Organisation, die Internationale Liga für Frauenrechte, betrieb beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte das Verbot von Niqabs und Burkas und schrieb: „Der Ganzgesichtsschleier, indem er [buchstäblich den Körper und] das Gesicht begräbt, stellt eine wahre Auslöschung der Frau als Individuum in der Öffentlichkeit dar... Wie kann man nicht sehen, dass das Tragen des Vollscheiers auch eine symbolische Gewalt gegenüber anderen Frauen darstellt?“

Die Wirkung dieses „Feminismus“ besteht darin, muslimische Frauen von der Arbeit zu verdrängen und sie auf der Straße unsicherer zu machen. Verbote geben RassistInnen, die muslimische Frauen missbrauchen oder angreifen wollen, mehr Auftrieb. Sie ermutigen KundInnen und KolleInngen, diejenigen herauszufordern, die islamische Kleidung tragen, und sie legalisieren die Entlassung muslimischer Frauen aus dem Arbeitsleben.

Nach der Verhängung des französischen Verbots von Niqabs und Burkas berichtete das französische Kollektiv gegen Islamophobie über einen Anstieg der Zahl der körperlichen Angriffe auf Frauen, die diese Kleidung tragen.

Die Logik dieser Verbote verweigert den muslimischen Frauen die Fähigkeit, eigene Entscheidungen zu treffen, politische Ideen zu entwickeln und sich zu organisieren. Muslimische Frauen werden als Opfer ihrer

Familien

und Gemeinschaften behandelt, und die Tatsache, dass sie nie um diese Verbote

gebeten haben, wird nicht einmal in Betracht gezogen.

Das Integrationsargument

Es ist auch nicht so, dass der Niqab und die Burka weit

verbreitet sind. In Vorbereitung auf das Verbot der islamischen Kleidung in Frankreich, einem Land mit fünf Millionen MuslimInnen, hat die Regierung den

Geheimdienst gebeten, Statistiken über die Anzahl der französischen Musliminnen

zu erstellen, die diese Kleidungsstücke tragen. Als der Geheimdienst berichtete, dass weniger als vierhundert ihr Gesicht bedeckten, wurde er gebeten, erneut zu zählen, und kam mit einer Zahl von knapp zweitausend zurück.

MuslimInnen werden für die Diskriminierung gegen sie

verantwortlich gemacht, und der Niqab und die Burka werden als Symbole für ein

„Versagen“ bei der Integration hochgehalten. Es wird argumentiert, dass MuslimInnen, wenn sie sich besser integrieren würden, nicht mit rassischer oder

religiöser Diskriminierung konfrontiert würden. Es ist jedoch die Diskriminierung, die der Teilnahme muslimischer Frauen am öffentlichen Leben

Hindernisse in den Weg legt. In Großbritannien stellte der Ausschuss für Frauen

und Gleichberechtigung fest, dass muslimische Frauen dreimal so häufig arbeitslos

sind und nach Arbeit suchen.

Marxismus, Sexismus und Islamfeindlichkeit

Als MarxistInnen erkennen wir natürlich den Sexismus, der der Idee innewohnt, dass Frauen sich „bescheiden“ kleiden sollten. Es ist nicht

Sache der Frauen, sich zu kleiden, um sexuelle Belästigung zu vermeiden, sondern es ist Sache der Männer, sich zu entscheiden, nicht zu belästigen.

Das

Christentum blickt auch auf eine lange Tradition zurück, in der Frauen ihre Haare aus Bescheidenheit bedecken, daher die Bekleidungsgebräuche bei Nonnen.

Religionen wie das Christentum und der Islam gründen auf den Geschlechterverhältnissen, wie sie vor Jahrhunderten bestanden, und während sie

sich ständig an die Ideologien der derzeit herrschenden Klassen christlicher und muslimischer Länder anpassen, sind sie wie alle Religionen konservative Ideologien, die zur Rechtfertigung der Unterdrückung von Frauen in der Klassengesellschaft benutzt werden.

Das Verbot islamischer Kleidung schafft nicht nur ein feindseliges Umfeld für muslimische Frauen, sondern trägt auch dazu bei, Kriege

im Nahen und Mittleren Osten und die Unterdrückung der muslimischen Bevölkerung

imperialistischer Länder zu rechtfertigen, indem Muslime als einzigartig sexistisch dargestellt werden, die eine oft ghettoisierte Gemeinschaft „entfremden“.

Feministinnen, die die Verbote unterstützen, verleihen der rassistischen Politik, die die Unterdrückung der muslimischen Frauen verschlimmert, einen

feministischen Deckmantel.

RevolutionärInnen sollten sich auch gegen die Verbote wenden, weil jedes Gesetz, das die individuelle Freiheit einschränkt, gegen Andersdenkende eingesetzt wird. Im Jahr 2012 benutzte die Polizei in Marseille

die französischen verbotenen Burkas und Niqabs, um Frauen in Sturmhauben zu verhaften, die gegen die Verurteilung der russischen Punkband Pussy Riot protestierten. Die Verhaftung weißer Feministinnen war nicht die Absicht des Verbots, aber die Polizei wird immer alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen.

Die entscheidende Lösung für die Befreiung der muslimischen Frauen ist die gleiche wie für alle Frauen: volle und uneingeschränkte Teilnahme am öffentlichen Leben. Dazu gehört alles, von der kostenlosen Kinderbetreuung über die gleiche Bezahlung zur Beseitigung der materiellen Basis der Frauenunterdrückung bis hin zur Bekämpfung von Belästigungen und der Bereitstellung von Zuflucht für Überlebende. Für muslimische Frauen gibt es auch spezifische Maßnahmen, und dazu gehören die Freiheit, islamische Kleidung zu tragen, und offene Grenzen, um die Superausbeutung von Menschen ohne Staatsbürgerschaft zu verhindern. Es muss auch anerkannt werden, dass der Rassismus, den muslimische Frauen erleben, sich mit dem Sexismus überschneidet, und der Kampf für die Befreiung der Frauen kann nicht vom Widerstand gegen imperialistische Kriege im Ausland und rassistische Maßnahmen zur Stigmatisierung der muslimischen Bevölkerung der imperialistischen Länder, insbesondere von MigrantInnen und Flüchtlingen, getrennt werden.

Politisch streiken - aber wie?

Michael Märzen, Arbeiter*innenstandpunkt Österreich, *Fight, Revolutionäre Frauenzeitung* Nr. 8, März 2020

In den letzten zwei Jahren haben millionenstarke Frauenstreiks ein großes Potential für den Kampf um Frauenbefreiung aufgezeigt. Die Arbeitsniederlegungen im produktiven und reproduktiven Bereich richten den politischen Fokus auf die Ungleichheit der geschlechtlichen Arbeitsteilung, welche die materiellen Grundlage für sexistische Ungerechtigkeit und Unterdrückung darstellt. Gleichzeitig kann der ökonomische Stillstand, der bei einem Streik angerichtet wird, den nötigen Druck erzeugen, damit die frauenpolitischen Forderungen auch ernst genommen und letztlich durchgesetzt werden. Doch die internationale Frauenbewegung hat diese proletarische Strategie noch nicht bewusst angenommen und verallgemeinert. Dazu braucht es nicht nur positive Bezugspunkte wie die Mobilisierungen in Spanien oder der Schweiz, sondern Organisation, Know-how und einen Kampf gegen andere, falsche Strategien.

Bündnispolitik

Ein Streik ist im Normalfall kein spontanes Ereignis. Obwohl der Unmut über Missstände schon hoch sein mag, braucht es Strukturen, die ihn organisieren. Jene Kräfte, die bereit sind, einen Frauenstreik zu organisieren, müssen gesammelt werden. In der Regel sind das schon bestehende Organisationen der radikalen Linken oder der Frauenbewegung, aber auch eine Hand voll Einzelpersonen kann ein Komitee für die Organisation des Streiks gründen und den Stein ins Rollen bringen. Kanäle wie soziale Medien müssen genutzt werden, um die Organisation auf eine kräftigere Grundlage zu stellen. Für die Mobilisierung braucht es klare und radikale Forderungen wie etwa eine

Arbeitszeitverkürzung,
die demokratisch bestimmt werden sollten und für die die beteiligten Kräfte
frei nach innen und außen werben können. Dabei muss auch sehr gut
abgewogen
werden, welche in den Vordergrund gestellt und wie sie formuliert werden
können, damit sie die bestmögliche Wirkung auf das politische Bewusstsein
der
Zielgruppen haben werden.

Basisorganisierung

Zentral ist es lohnabhängige, aber auch erwerbslose Frauen und
Männer für den Streik zu gewinnen. Dazu eignet sich der Aufbau von
Aktionskomitees auf regionaler sowie betrieblicher Ebene bzw. in der
Ausbildungsstätte. In diesen Komitees organisieren sich Aktivist*innen, um
gemeinsame Aktivitäten für die Mobilisierung zu planen. Darüber hinaus
sollten
eigene Forderungen diskutiert und in die Bewegung getragen werden. Sie
müssen als
politische im Interesse der gesamten Arbeiter*innenklasse formuliert
werden,
die also nicht auf einzelne Branchen beschränkt bleiben. Als Ausgangspunkt
zum
politischen Ziel der Aufhebung der geschlechtlichen gesellschaftlichen
Arbeitsteilung,
der Sozialisierung der Haus- und Sorgearbeit kann z. B. die nach einer
gesetzlichen
Mindeststellenbesetzung in der Pflege dienen, wie in Deutschland aufgestellt.
Die
überregionale Vernetzung mittels wähl- und abwählbarer Delegierter
ermöglicht
den Aufbau von demokratischer Kontrolle über die Bewegung selbst und in
weiterer Folge von Gegenmacht gegenüber den bürokratischen staatlichen
Institutionen, über welche die herrschende Klasse ihre Interessen sichert.
Das

ist auch kein Widerspruch zu einer Bündnispolitik von politischen Organisationen. Aktionskomitees können solche Bündnisse ergänzen oder im besten Fall der Ausdruck einer demokratisch organisierten Bewegung sein.

Rolle der Gewerkschaften

Ein wesentlicher Erfolg von bisherigen Frauenstreiks war die Unterstützung durch Gewerkschaften in der Schweiz und in Spanien. Wenn diese Organisationen, die oft einen großen Anteil der lohnabhängigen Bevölkerung organisieren, für kämpferische Massenaktionen gewonnen werden können und die Mobilisierungen dafür ernst nehmen, dann hat das eine sehr große Wirkung. Viele Gewerkschaften haben auch frauenpolitische Abteilungen, die natürlich eine Anlaufstelle für die Mobilisierung sein können und wo sich womöglich auch schneller Unterstützer*innen finden lassen. Das Problem ist aber, dass die großen, reformistischen Gewerkschaften von einer konservativen Bürokratie geführt werden, die radikale Aktionen und die Einbeziehung der Massen mehr fürchten als fördern. Dies gilt für alle Gewerkschaften, die nicht von einer revolutionären Arbeiter*innenpartei geführt werden. Die reformistischen Parteien, die oft über großen Einfluss in den Gewerkschaften verfügen, haben längst ihren Frieden mit dem kapitalistischen System gemacht und verteidigen es letzten Endes gegen einen Ansturm durch die Lohnabhängigen. Dies gilt auch für reine Gewerkschaftspolitik, die sich nicht den Sturz des Kapitalismus auf die Fahnen geschrieben hat. Wir können uns also weder auf sie verlassen noch auf den Erfolg vehemente Aufforderungen hoffen, sondern müssen mit Basisorganisationen ein Gegengewicht zur abgehobenen Stellvertretungspolitik

schaffen. Diesen Zweck können die schon angesprochenen Aktionskomitees zum Teil erfüllen, sie müssen sich dafür aber bewusst auch auf die Gewerkschaften ausrichten. Letztlich muss eine antibürokratische Gewerkschaftsopposition aber eigenständige Strukturen aufbauen, denn der Kampf gegen die reformistische Bürokratie ist allgemeiner als der für eine bestimmte politische Mobilisierung.

Proletarische Strategie

Wenn alle für einen starken Frauenstreik eintreten und eine proletarische Frauenbewegung aufbauen wollen würden, dann müssten wir die Frage nach der Umsetzung eines Streiks gar nicht so genau diskutieren. Aber so ist es leider nicht. Gerade auch im Feminismus gibt es bürgerliche und kleinbürgerliche Kräfte, die ganz andere Strategien als Sozialist*innen verfolgen und die die Organisation und Mobilisierung der Arbeiter*innenklasse für die politischen Anliegen der Frauen sogar ablehnen. Oft beschränken sich diese Kräfte auf Forderungen wie Quoten in politischen Ämtern oder in Unternehmen, den ideologischen Kampf gegen Alltagssexismus oder eine gendergerechte Sprache, die dann von sozialliberalen Parteien umgesetzt werden sollen. Eine solche Politik hemmt natürlich die eigenständige Aktion der Ausgebeuteten und Unterdrückten und muss daher natürlich auch bekämpft werden. So wurde z. B. in den verschiedenen feministischen Bündnissen für den letztjährigen Frauenstreik in Deutschland zwar eine Liste unterstützenswerter Forderungen aufgestellt, aber über die Frage, wie ein Streik der gesamten Klasse gegen die Paragraphen zustande kommen kann, der auch den Namen verdient,

kaum diskutiert. Debatten um Einbezug der Gewerkschaften und der Männer waren also von untergeordneter Bedeutung.

Es geht also nicht nur um einzelne Forderungen, sondern um eine zusammenhängende proletarische Strategie, die ihren klarsten Ausdruck in einem kommunistischen Übergangsprogramm findet. Darin stellt sich der Kampf für Frauenbefreiung und gegen Sexismus als integraler Teil des allgemeinen Klassenkampfes der gesamten Arbeiter*innenklasse dar, unabhängig von Geschlecht, Identität oder Herkunft. Deswegen halten wir es zum Beispiel auch für einen Fehler, wenn von feministischen Organisationen bei frauenpolitischen Aktionen der Ausschluss von Männern gefordert wird. Der Kampf gegen Frauenunterdrückung und die ganze sexistische Ideologie geht unsere männlichen Genossen genau so etwas an. Aber unsere Genossinnen sollten ganz klar im Vordergrund eines Frauenstreiks stehen.

Feminismus in Pakistan

Minerwa Tahir, Women's Democratic Front Lahore, *Fight, Revolutionäre Frauenzeitung* Nr. 8, März 2020

In den letzten Jahren ist der Aurat-Marsch zu einem der sichtbarsten Ausdrücke der Frauenbewegung in Pakistan geworden. „Aurat“ bedeutet Frau in der Urdusprache. Seit 2018 ist in den großen Städten Pakistans das Phänomen des Aurat-Marsches zu beobachten – Frauen,

geschlechtsspezifische Minderheiten, Männer und Kinder gehen auf die Straße und marschieren am Internationalen Tag der arbeitenden Frauen am 8. März.

Wer beteiligt sich?

In zwei großen städtischen Zentren – Karatschi und Lahore – wurde der Aurat-Marsch von einem Bündnis hauptsächlich radikal-feministischer und liberal-feministischer Kräfte organisiert, darunter führende Persönlichkeiten von NGOs, die sich bereit erklärten, die Fahnen ihrer NGOs hinter sich zu lassen und sich unter dem einen Banner des Aurat-Marsches zu vereinen. Eine Organisatorin aus Karatschi sagte: *„Bei den Themen, mit denen Frauen heute konfrontiert sind, geht es um Gleichberechtigung im öffentlichen Raum, das Recht auf Arbeit, Sicherheit am Arbeitsplatz und vor allem um die Unterstützung durch eine Infrastruktur, während die vorherige Generation für politische Rechte kämpfte“* (Chughtai, 2019). In anderen Teilen wie Hyderabad und Islamabad organisierte die Demokratische Frauenfront (1), eine sozialistisch-feministische Organisation, die arbeitende Frauen aus städtischen und ländlichen Gebieten organisiert, den Aurat-Azadi-Marsch (2).

Einige der Forderungen dieses Marsches waren ein Ende der Gewalt gegen Frauen; eine Gesetzgebung, die die Rechte von Frauen und Transgender-Personen schützt; ein Mindestlohn und andere rechtliche Schutzmaßnahmen für den informellen Sektor; ein Ende der Privatisierung von und größere Investitionen in Gesundheit und Bildung, insbesondere für Frauen; Frauenwohnheime und Kindertagesstätten für die Kinder von arbeitenden Frauen; der Bau von Wohnungen für Leute mit niedrigen Einkommen und ein Ende der Kampagne gegen informelle Siedlungen; ein Ende der militärischen Operationen; die Rückkehr der vermissten Personen und eine politische Lösung des Belutschistan-Problems (Today, 2019). Auch ArbeiterInnenorganisationen und -verbände wie die Vereinigung weiblicher Arbeitskräfte im Gesundheitswesen (Chughtai, 2019) und die pakistanische Gewerkschaftsschutzkampagne (Today, 2019) unterstützten den Marsch und nahmen daran teil. Mit Ausnahme von Hyderabad war der Klassencharakter der Frauenmärsche in den großen städtischen Zentren Pakistans weitgehend

mittelständisch. Während ein Teil der Gründe für das Fehlen von Führung der ArbeiterInnenklasse in der Frauenbewegung mit dem Versagen der Linken und dem Aufstieg der Rechten sowie alternativen antimarxistischen Diskursen zu tun hat, liegt ein weiterer wichtiger Grund dafür, dass so viele Frauen aus der Mittelschicht sich für die Teilnahme an diesen Märschen entschieden haben, darin, dass der Status der Frauenrechte in Pakistan selbst für Frauen aus Nicht-ArbeiterInnenklassen-Hintergrund erbärmlich ist.

Lage der Frauen

Vergewaltigung, Ehrenmorde, Säureangriffe, Zwangsheiraten, erzwungene Bekehrungen nicht-muslimischer Mädchen zum Islam, Kinderehen, sexueller Missbrauch und Belästigung sowie allgemeine geschlechtsspezifische Diskriminierung sind in der Gesellschaft weit verbreitet (HRW, 2019). Inzwischen gibt es weder nationale Gesetze, die geschlechtsspezifische Diskriminierung bei der Einstellung noch die geschlechtsspezifische Lohnunterschiede verbieten (Kirton-Darling, 2018). In ähnlicher Weise sind auch die Arbeitsgesetze in Pakistan diskriminierend gegenüber Frauen (Tribune, 2014). Im Allgemeinen hegt die Gesellschaft eine diskriminierende Einstellung gegenüber Frauen. Der jüngste Fall, in dem die nationale Universität für Wissenschaft und Technologie die Vergewaltigung einer Studentin leugnete, ist ein Zeugnis für diese Haltung (Dawn.com, 2019).

Sexualität

Ein wichtiges Thema, um das sich der Aurat-Marsch dreht, sind Fragen der Sexualität. *„Mein Körper, meine Wahl“* war ein beliebter Slogan. Während man davon ausgehen kann, dass diese Frage in einigen demokratischen Ländern schon lange Teil des öffentlichen Diskurses ist, war und ist sie in Pakistan ein Tabuthema. Wie die gesellschaftliche Haltung sie geprägt hat, bleibt Sexualität eine Angelegenheit, die sich auf die privaten Grenzen des Schlafzimmers beschränkt und über die man, vor allem eine Frau, nicht spricht. Qandeel Baloch (Geburtsname: Fouzia Azeem), ein Star in den Sozialen Medien, die sexy Videos von sich selbst für den öffentlichen Konsum veröffentlichte, wurde schließlich von ihrem Bruder im Namen der „Ehre“

getötet. Wie Zoya Rehman schreibt, *„markiert der Aurat-Marsch einen wichtigen Moment in der Entwicklung des feministischen Widerstands im Land, in dem jetzt für eine neue Art von feministischer Praxis gekämpft wird, die in Fragen der sexuellen Autonomie und Handlungsfähigkeit ‚das Schweigen bricht‘ (John und Nair, 1998)“* (Rehman, 2019). Sexualität, ein Thema, über das aufgrund seines „privaten“ Charakters nie in der Öffentlichkeit gesprochen wurde, wurde durch den Marsch – vor allem im Jahr 2019 – aus der Enge des häuslichen und privaten Lebens herausgebracht und für die Öffentlichkeit offengelegt. Folglich startete der rechte Flügel Angriffe gegen die OrganisatorInnen und TeilnehmerInnen in den Massen- und sozialen Medien. Es wurden Todes- und Vergewaltigungsdrohungen ausgesprochen (Reuters, 2019). Unterdessen griffen reaktionäre Schichten innerhalb der pakistanischen Linken zu einem ähnlichen Ansatz, wobei die Belutschistan-Sektion der Awami-ArbeiterInnenpartei (AWP) den Aurat-Marsch ablehnte (Jafri, 2019). In ähnlicher Weise tauchte die Politik der Reaktion innerhalb der feministischen Bewegung in Form der bekannten feministischen Dichterin Kishwar Naheed auf, die die radikalen Botschaften bezüglich der Sexualität kritisierte, die auf den Plakaten des Aurat-Marsches standen. Sie sagte, dass *„Feministinnen ihre Kultur und Traditionen im Auge behalten sollten, um nicht wie ‚Dschihadis‘ auf Abwege zu geraten“* (Images, 2019).

Sadia Khatri kritisierte Frauen, die sich gegen die radikalen Plakate aussprachen, und schrieb, dass diese Art von Vorwürfen *„verwirrender, ja sogar verletzend ist, wenn sie von anderen Frauen kommt“* (Khatri, 2019). Ich kann das Gefühl zwar nachempfinden, aber der Vorwurf überrascht mich wirklich nicht. Es ist schließlich die Politik der Menschen, nicht ihr Geschlecht oder andere Identitäten, die ihre Einstellung zu einem gesellschaftlichen Phänomen bestimmt. Auch der Gegenmarsch zum Aurat-Marsch wurde von rechten Frauen angeführt, nicht von Männern.

Die Sexualität während des Frauenmarsches aus der privatisierten Sphäre des Hauses herauszuholen, stellte eine radikale Errungenschaft der Frauenbewegung in Pakistan dar. Die Belutschistan-Sektion der Awami Workers Party lehnte den Aurat-Marsch mit der Begründung ab, dass die auf

dem Marsch erhobenen Parolen nichts mit den Frauen der ArbeiterInnenklasse oder ihrem Kampf zu tun hätten. Diese Aussage spiegelt nicht nur eine Abtrennung von der Frauenbewegung wider, sondern zeigt auch, wie isoliert die Sektion der AWP in Belutschistan von den Kämpfen der Arbeiterfrauen in Pakistan ist. Wenn man mit berufstätigen Frauen in der Realität interagiert, erzählen sie uns davon, dass *„nicht jede aus Freude und Entscheidung die vollverschleiende Burka trägt“*.

Natürlich kann es vorkommen, dass Schichten der Klasse, die aufgrund der zusätzlichen Belastung durch die reproduktive Arbeit atomisiert bleiben, der Interaktion und Organisation mit ihrer Klasse beraubt werden und somit den Vorstellungen der Reaktion zum Opfer fallen. Aber mit der sich zunehmend vertiefenden Wirtschaftskrise in Pakistan, insbesondere nach dem IWF-Deal, können es sich Frauen, die mit Männern aus der Arbeiterklasse verheiratet sind, nicht mehr leisten, nur reproduktive Arbeit zu leisten. Sie werden aus dem Haus gedrängt, um Arbeit zu finden, um die ArbeiterInnenfamilie zu ernähren. Während dies schon seit langem der Fall ist, da die Wirtschaft des halbkolonialen Landes weitgehend instabil geblieben ist, haben die Klauseln des IWF zu schlechteren Bedingungen für die arbeitenden Armen geführt (Arshad, 2019). Selbst wenn es sich bei diesen Jobs um niedere Tätigkeiten handelt, wie z. B. die Arbeit als Haushaltshilfe in Haushalten der Mittelschicht, bieten sie diesen Frauen eine gewisse Möglichkeit, sowohl mit ihrer eigenen Klasse als auch mit dem/r KlassenfeindIn zu interagieren. Es überrascht daher nicht, dass eine Hausangestellte, die eine halbverschleiende Niqab trägt, bei einem Treffen mit anderen berufstätigen Frauen sagte, dass *„nicht jede die Burka aus Freude und Entscheidung trägt“*.

Diejenigen pakistanischen Linken, die Sexualität und andere Aurat-Marsch-Themen immer noch nicht als wichtige Themen für das Leben arbeitender Frauen sehen, sollten sich einige grundlegende Fragen stellen. Wenn die arbeitende Frau die Freiheit, Zeit und Geld hätte, sich wie Frauen der Mittelschicht zu kleiden, würde sie das nicht tun? Wenn sie die Freiheit, die Zeit und das Geld hätte, würde sie sich nicht romantischen/sexuellen Affären hingeben wollen, wie es Frauen aus privilegierten Schichten in diesem Land

tun? Wenn es für sie keine Frage mehr wäre, jeden Tag etwas „Khana“ [Essen] für ihre Familie zu bekommen, wie es für Frauen aus der Mittelschicht der Fall ist, würde sie sich dann nicht auch wünschen, dass ihr männlicher Partner gleichberechtigt an der Zubereitung dieser Mahlzeiten teilnimmt? Diese Fragen machen deutlich, wie arbeitende Frauen durch die wirtschaftlichen Bedingungen gezwungen sind, bestimmte Themen als Hauptanliegen zu behandeln. Dies spiegelt jedoch keineswegs wider, dass arbeitende Frauen nicht an Fragen der sexuellen Befreiung interessiert sind.

Was für eine Bewegung brauchen wir?

Unterdessen ist eine andere Idee, die in bestimmten radikalen Schichten der Frauenbewegung in Pakistan vorherrscht, dass wir eine klassenübergreifende feministische Bewegung brauchen. Die Befürworterinnen dieser Ansicht argumentieren, dass dies ein „inklusiver“ Ansatz sei, da er es Frauen aus allen Klassen ermöglicht, sich zusammenzufinden, um gegen einen gemeinsamen Feind, nämlich das Patriarchat, zu kämpfen und die Gleichberechtigung zu erlangen. Nehmen wir eine der Forderungen, die von radikalen Feministinnen erhoben wurden. *„Gleichheit beim Zugang zu öffentlichen Räumen“*.

Nehmen wir an, dass diese Forderung nun gewonnen ist. Die Frau aus der ArbeiterInnenklasse wird die formale Gleichheit beim Zugang zu öffentlichen Räumen haben, aber genau wie ihr männlicher Kollege aus der ArbeiterInnenklasse hat sie diese Freiheit als jemand, der immer noch 12 Stunden am Tag arbeitet, dessen Kinder unterernährt sind und denen es an guter Bildung mangelt, der der Zugang zu guter Gesundheitsversorgung verwehrt wird und deren Familie an neun von zehn Tagen immer noch hungrig schläft. In der Praxis bedeutet dies eine Krise der Führung der ArbeiterInnenklasse und der Organisation der unabhängigen Klassenpolitik, die eine wesentliche Schwäche der feministischen, antirassistischen und ökologischen Bewegungen in der ganzen Welt darstellt.

Außerdem, was bedeutet eine „klassenübergreifende Bewegung“ überhaupt? Dass sie die Interessen aller Klassen vertritt? Würde sie dann auch ein „klassenübergreifendes Programm“ haben? Ob so etwas jemals praktisch

durchführbar ist oder nicht, sicher ist, dass eine klassenübergreifende Bewegung kein Programm für die ArbeiterInnenklasse haben wird. Und das liegt daran, dass die Interessen der ArbeiterInnenklasse mit denen anderer Klassen unvereinbar sind. Die ArbeiterInnenklasse verfügt über kein Privateigentum an den Produktionsmitteln. Unabhängig davon, ob diese Klasse sich dessen schon subjektiv bewusst ist oder nicht, liegt ihr objektives Interesse in der Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und seiner Ersetzung durch gesellschaftliches Eigentum. Dieses Interesse steht offensichtlich im Widerspruch zu dem der Klassen, deren Quelle von Reichtum und sozialem Status das Privateigentum bildet. Wie Clara Zetkin prägnant zusammenfasst:

„Es gibt eine Frauenfrage für die Frauen des Proletariats, der Bourgeoisie, der Intelligenz und der oberen Zehntausend. Sie nimmt je nach der Klassensituation jeder dieser Schichten eine andere Form an“

(Zetkin, 1896)

Wie beeinflusst dies die Bewegung?

Wie beeinflusst dies die Bewegungen dann? In der bürgerlichen Gesellschaft ist jede klassenübergreifende Bewegung verpflichtet, die Interessen der ArbeiterInnenklasse (die mit der strategischen Aufhebung der unterdrückenden Arbeitsteilung im Hinblick auf die produktive und reproduktive Arbeit verbunden ist) den begrenzten Zielen der bürgerlichen Feministinnen unterzuordnen. Das bestmögliche Ergebnis einer klassenübergreifenden Bewegung ist, dass die begrenzten Forderungen nach formaler Gleichheit zwischen Männern und Frauen erfüllt werden. Berufstätige Frauen werden formell gleichberechtigt sein wie ihre bürgerlich-feministischen Kolleginnen, aber sie werden es als Frauen sein, die immer noch 12 Stunden am Tag arbeiten und keinen Zugang zu Gesundheitsversorgung oder Sozialleistungen haben. Sie werden formellen Zugang zu allen Bereichen des öffentlichen Lebens haben ebenso wie ihre männlichen Partner aus der ArbeiterInnenklasse, die ebenfalls kein Geld oder

keine Zeit haben, um diese Bereiche faktisch zu betreten. Diese arbeitenden Frauen werden im Namen einer klassenübergreifenden Bewegung für die individuellen Rechte und Freiheiten der bürgerlichen Feministinnen kämpfen. Um noch einmal Zetkin zu zitieren: *„Wir dürfen uns nicht von sozialistischen Tendenzen in der bürgerlichen Frauenbewegung täuschen lassen, die nur so lange anhalten, wie sich die bürgerlichen Frauen unterdrückt fühlen“* (Zetkin, 1896).

Was braucht es?

Dieser Ansatz „klassenübergreifender“ Bewegungen versäumt es, die Wurzel der geschlechtsspezifischen Unterdrückung zu untersuchen. In der heutigen Klassengesellschaft verortet der revolutionäre Marxismus die Ursprünge der geschlechtsspezifischen Unterdrückung in der öffentlich-privaten Kluft, in der der Mann in der öffentlichen „produktiven“ Sphäre arbeitet, während die Frau für die „reproduktive“ Arbeit verantwortlich ist. Diese Kluft ist notwendig, damit der Kapitalismus sich selbst erhalten kann, weshalb unsere Bewegungen antikapitalistischer Natur sein müssen. Um effektiv zu sein, müssen sie auch die Krise der Führung der ArbeiterInnenklasse überwinden. Und diese Krise kann solange nicht überwunden werden, bis und wenn die ArbeiterInnenklasse der radikalen Kleinbourgeoisie die Throne streitig macht, an denen sie seit Ewigkeiten festhält.

In einer Zeit, in der Identitätspolitik, Postmoderne und alle Arten von Ideologien, die nicht zum Sturz des kapitalistischen Systems führen, auf der ganzen Welt vorherrschen, gibt es einen Hoffnungsschimmer in bestimmten Schichten der pakistanischen Frauenbewegung. Die Demokratische Frauenfront (DFF), eine unabhängige Organisation, die arbeitende Frauen in städtischen und ländlichen Gebieten Pakistans organisiert, hat einige revolutionäre Forderungen, deren wichtigste die Forderung nach einer Vergesellschaftung der reproduktiven Arbeit ist. Während die derzeitige Führung in den meisten Sektionen aus der mittleren/unteren Mittelschicht stammt, bemüht sich die Organisation darum, arbeitende Frauen in die Führung zu bringen. In Lahore, wo ich die Vorsitzende bin, wurde vor kurzem eine Sektion der DFF gegründet, die hart daran arbeitet, ihre

Wurzeln in den ArbeiterInnenvierteln zu stärken, um die Entstehung eines weiblichen Kaders aus diesen Gebieten vorzubereiten.

Wir arbeiten in den Vierteln der Hausangestellten und HeimarbeiterInnen und versuchen, sie zu organisieren. Diese Frauen erzählten uns, wie sich die steigende Inflation auf ihr Leben auswirkt und sie darum kämpfen, ihre Familien zu ernähren. Eine wichtige revolutionäre Forderung in diesem Szenario könnte die Einrichtung von Preiskomitees unter der Leitung von Frauen sein. Es besteht Hoffnung und Potenzial für die Entstehung einer weiblichen Führung der ArbeiterInnenklasse, wenn sich die DFF konsequent einer solchen Aufgabe widmet. Sie ist besonders entscheidend in einer Zeit, in der Kämpfe in verschiedenen frauenzentrierten Sektoren wie dem Gesundheits- und Bildungswesen auftauchen. Lahore, eines der städtischen Zentren Pakistans, birgt das Potenzial der Entstehung einer ArbeiterInnenbewegung. Ebenso birgt es das Potenzial für kleinbürgerlichen Radikalismus, gewerkschaftlichen Opportunismus und Reformismus sowie Zentrismus. Wenn es der DFF ernst damit ist, eine Führung der arbeitenden Frauen in der größeren ArbeiterInnenbewegung zu installieren, wird sie sich darauf vorbereiten müssen, solche Übel zusammen mit dem Kampf gegen den/die KlassenfeindIn und das Patriarchat zu bekämpfen.

Endnoten:

¹ *Die Demokratische Frauenfront (DFF) wurde ursprünglich von der Awami-ArbeiterInnenpartei (AWP) als ihre „Frauenfront“ gegründet. Die AWP ist bei Weitem die mitgliederstärkste linke Partei in Pakistan. Die DFF ist jetzt eine unabhängige Organisation. Die AWP spielt weder eine Rolle noch übt sie Einfluss auf Entscheidungen oder Strukturen der DFF aus. Natürlich sind Doppelmitglieder vertreten, die sowohl in DFF wie AWP organisiert sind. Die Autorin ist ein solches.*

² *Azadi heißt auf Urdu Freiheit.*

Evangelikales Christentum - Die Stoßtruppen der Rechten

Kayla Molodoy , Workers Power USA , *Fight, Revolutionäre Frauenzeitung*
Nr. 8, März 2020

Jahrzehntelang hat die christliche Rechte in den USA den Widerstand gegen die Abtreibung in den Mittelpunkt ihrer politischen Mission gestellt, indem sie sexuelle und reproduktive Fragen zur Mobilisierung einer breiten Anhängerschaft zur Waffe gemacht hat. Seit ihrer kollektiven Hinwendung zu politischem Aktivismus während Reagans triumphalem Präsidentschaftswahlkampf 1980 ist der Evangelikalismus das Rückgrat der Republikanischen Partei in den USA und wird in Lateinamerika, insbesondere im Brasilien von Bolsonaro, zunehmend politisiert.

Während die unheilige Allianz zwischen religiösen ExtremistInnen und imperialistischen ProfitmacherInnen ihre Kontrolle über den Staat festigt, laufen die Frauenrechte Gefahr, zum Opferlamm auf dem Altar des anhaltenden Wahlerfolgs der Rechten zu werden.

Das Wachstum des politischen Evangelikalismus in den USA

Der Evangelikalismus nahm in Amerika erstmals im 18. Jahrhundert erkennbare Gestalt an und entwickelte sich bis Mitte des 19.

Jahrhunderts zum „Evangelikalen Reich“, einer einflussreichen Bewegung, die sich zunächst mit liberalen Themen wie der Abschaffung der Sklaverei und der Strafrechtsreform beschäftigte, bevor sie sich über Darwins Evolutionstheorie und eine fundamentalistische Bibelauslegung zersplitterte.

Der moderne Evangelikalismus geht auf das Ende des Zweiten Weltkriegs zurück, als die aufeinander folgenden amerikanischen Regierungen daran arbeiteten, das Christentum mit „amerikanischen Werten“ gleichzusetzen und die christliche Gemeinschaft als Verteidigungslinie im Kalten Krieg zu mobilisieren. Der Widerstand gegen die Aufhebung der Rassentrennung, die Gegenkulturbewegungen der späten 1960er Jahre und die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs, Abtreibung zu einem verfassungsmäßig geschützten Recht zu machen, im Urteil Roe gegen Wade von 1973, waren Katalysatoren für den Aufstieg der Christlichen Rechten, der in den späten 1960er Jahren begann und bis heute anhält.

Die republikanische Kandidatur Ronald Reagans im Jahr 1980 markierte einen Wendepunkt in der Politisierung der evangelikalen Gemeinschaft. Im Vorfeld der Wahl begann die zuvor tolerantere und überparteiliche Haltung der amerikanischen evangelikalen ChristInnen ihren Wandel hin zu starrer Intoleranz, die stark durch das allgegenwärtige christliche Medienimperium beeinflusst wurde, das vor allem von Jerry Falwell Sr. geschaffen wurde.

Falwell stand an der Spitze der christlich rechten politischen Organisation, der Moralischen Mehrheit, und spielte eine wichtige

Rolle bei der gegenseitigen Umwerbung zwischen der Republikanischen Partei und den Evangelikalen. Unter diesem Einfluss billigte der Republikanische Nationalkonvent die sozial konservativste Plattform der RepublikanerInnen, (GOP, Grand Old Party; Große Alte Partei) die es je gab, und kehrte damit seine historische Unterstützung für die Gleichberechtigungsänderung um, wobei er als Antwort auf den Fall Roe gegen Wade den Schutz der Rechte der Zygoten, d. h. der befruchteten Eier, über die Rechte der Frauen stellte:

„Wir bekräftigen unsere Unterstützung für eine Verfassungsänderung zur Wiederherstellung des Schutzes des Rechts auf Leben für ungeborene Kinder. Wir unterstützen auch die Bemühungen des Kongresses, die Verwendung von Steuergeldern für die Abtreibung einzuschränken.“

Erfolgreicher Aktivismus an der Basis und ein außergewöhnliches Maß an Einsatz zur Förderung bevorzugter Themen führten zu einer hohen Wahlbeteiligung, die Reagan mit zwei Dritteln der evangelikalen Stimmen belohnte und bei seiner Wiederwahl auf 78 % stieg. Dieser Pakt schuf eine für beide Seiten vorteilhafte Symbiose zwischen der politischen Rechten und den Evangelikalen und hing fast ausschließlich von der Zustimmung der Partei zur Übernahme der evangelikalen Linie in sozialen Fragen, einschließlich der Abtreibung, ab.

Das Bündnis zwischen den Evangelikalen und der Republikanischen Partei besteht bis heute, wobei es für die KandidatInnen erforderlich ist, mit der christlichen Rechten in ihrem Sozialprogramm übereinzustimmen, um ihre Stimmen zu ernten und eine glühende Bekehrung zur Unterstützung des amerikanischen Imperialismus

zu garantieren.

Lateinamerika

Für Evangelikale in den USA wird nun erwartet, sich hinter PolitikerInnen wie Trump zu versammeln – dessen persönliche Eigenschaften ihn zu einem völlig unglaublichen Vehikel für evangelikale Bestrebungen machen –, und dies ist fast eine Selbstverständlichkeit. Aber das Wachstum der evangelikalen Bewegung in Lateinamerika und die Verbindungen zwischen dem brasilianischen und amerikanischen Evangelikalismus verleihen der Christlichen Rechten eine neue internationale Dynamik.

Die ersten protestantischen Evangelikalen landeten im 19. Jahrhundert in Brasilien, eine zweite Welle kam in den 1940er Jahren mit dem Aufkommen der Foursquare Church (International Church of the Foursquare Gospel) aus Kalifornien, komplett mit zirkusähnlichen Zelt„erweckungen“ à la Billy Graham, die eine große Anziehungskraft hatten. Eine dritte Welle in den 1970er Jahren brachte eine „neupfingstliche“ Bewegung, die von der brasilianischen Universalkirche des Königreichs Gottes (UCKG) angeführt wurde. Gegründet von Edir Macedo, einem gegen Schwarze heftig hetzenden und möglicherweise reichsten religiösen Führer der Welt, ist ihr Einfluss auf die brasilianische Politik extrem geworden, wobei er über eine enorme institutionelle Vertretung verfügt.

Die Wahl von Jair Bolsonaro wurde mit Hilfe des evangelikalen Establishments Brasiliens, dominiert von der UCKG, erreicht. Bolsonaro ist, wie Trump, ein frauenfeindlicher, rassistischer homophober Politiker, der eine aktive rechtsextreme Unterstützungsbasis antreibt. Er

sympathisiert auch mit der Militärdiktatur, die von 1964 bis 1985 in Brasilien an der Macht war, wobei seine einzige Kritik darin besteht, dass „die Situation des Landes heute besser wäre, wenn die Diktatur mehr Menschen getötet hätte“.

Das wichtigste politische Handicap, mit dem sich die rechten Parteien in Lateinamerika konfrontiert sehen, ist die anhaltende Wahlschwäche aufgrund ihrer fehlenden Verbindungen zu Nicht-Eliten. Bolsonaro und seinesgleichen bieten bereitwillig Verbindungen zur obersten Spitze an und bringen eine Vielzahl evangelikaler WählerInnen ein, vor allem aber die untere Mittelschicht.

Dies ist wichtig, weil sich der Anteil der evangelikalen ChristInnen in Brasilien von 9 Prozent im Jahr 1990 auf 22 Prozent mehr als verdoppelt hat und derzeit auf 31 Prozent geschätzt wird. Es wird erwartet, dass sie bis 2032 die Zahl der KatholikInnen übertreffen werden – und die Rechte will ihr Wahlbündnis mit ihnen festigen.

Wir sehen eine ähnliche Dynamik bei den jüngsten Ereignissen in Bolivien mit der Amtsenthebung von Evo Morales durch Luis Fernando Camacho, einen fundamentalistischen und evangelikalen christlichen Multimillionär, der geschworen hat, den linkspopulistischen Einfluss der von Morales vertretenen und beschützten indigenen Mehrheitsbevölkerung zu beseitigen.

Die bolivianische Übergangspräsidentin Jeanine Áñez erklärte am Tag des Staatsstreichs: „Die Bibel ist in den Palast zurückgekehrt“. Obwohl die bolivianischen Evangelikalen einen weitaus geringeren Anteil der Bevölkerung als in Brasilien ausmachen, ist ihre Basis in der weißen Führungs-

und Mittelschicht wegen deren angeblichen Heidentums, das durch die Anerkennung der Erdgottheit Pachamama symbolisiert wird, in einen Rausch gegen die indigene Mehrheit geraten.

Ein Demonstrant gegen den Putsch hat diese „Befreiung“ ironisch bedauerlich auf den Punkt gebracht : „Es ist dasselbe wie vor 500 Jahren, als die Spanier kamen und das erste, was sie den Einheimischen zeigten, die Bibel war.“

Der wirtschaftliche Druck auf das KleinbürgerInnen-tum der USA und Brasiliens und erst gar ihre Deklassierung hat sie empfänglicher für die reaktionären Ideologien und die populistische Rhetorik von Politikern wie Trump und Bolsonaro gemacht.

In Bolivien und Brasilien ist es ihnen gelungen, die Unterstützung wichtiger Teile der herrschenden Klasse zu gewinnen. Diese fürchten sich vor den milden Reformen sozialdemokratischer oder linkspopulistischer Regierungen und ihren Versuchen, Lateinamerika aus der Abhängigkeit vom US-Imperialismus (durch die es sich, historisch gesehen, sehr gut geschlagen hat) herauszuholen. Der Evangelikalismus ist aufgrund seiner historischen Wurzeln in den US-Kirchen und ihres wirtschaftlichen und politischen Gewichts in der Bewegung ideal für diesen Zweck. Kurz gesagt, er ist ein Werkzeug des US-Imperialismus.

Die Kulturkriege

Die evangelikale Bewegung manipuliert gekonnt angebliche Bedrohungen der Religion, um angesichts dessen, was sie als das Schwinden des Rangs Amerikas als „christliche Nation“ wahrnimmt, Einheit und Enthusiasmus

anzuregen.

In den USA behaupten große Nachrichtenorganisationen wie Fox News und christliche Radio- und Fernsehstationen mit Massenpublikum regelmäßig, dass die Fähigkeit der ChristInnen, ihre Religion auszuüben, bedroht ist. Die Verwendung schlagwortartiger Propaganda-Phrasen wie „Krieg gegen Weihnachten“ und „Angriff auf die Werte der Familie“ verstärkt diesen Verfolgungskomplex unter den hingebungsvollen AnhängerInnen des fundamentalen Christentums.

Doch während sie den bevorstehenden Untergang des Christentums und die Unterdrückung der wahren Gläubigen beklagen, behalten die Evangelikalen in Wirklichkeit einen übergroßen Einfluss auf Politik und Regieren. Dieser „Verfolgungskomplex“ als Reaktion, der das Ende des christlichen Glaubens und einer „gottlosen Gesellschaft“ katastrophenartig vorhersagt, ist das Kraftwerk für die Verbreitung des Evangelikalismus und das seit Jahrzehnten.

In dieser Hinsicht ist der Aufstieg des christlichen Zionismus innerhalb der evangelikalen Bewegung interessant. Er verbindet unmittelbar die „Opferrolle“ des protestantischen Christentums mit dem realen Holocaust des jüdischen Volkes und verleiht der Unterstützung Amerikas für den Staat Israel einen religiösen Eifer.

Bei der Eröffnung der US-Botschaft in Jerusalem sagten zwei evangelikale Pastoren aus Texas, die zum offiziellen Staatsbesuch der USA mitgebracht wurden, dass die Gründung Israels „die Prophezeiungen der Propheten von vor Tausenden von Jahren erfüllt hat“ und dass „der Messias [nach Jerusalem] kommen und ein Königreich errichten wird, das niemals enden

wird“.

Diese „Wir-gegen-die-Mentalität“ passt perfekt zu dem für die evangelikale Botschaft so wichtigen Thema der Opferschaft und des Leidens.

Entfremdung und Not, die durch den Kapitalismus erneuert und als (vermeintliche) religiöse Verfolgung getarnt wurden, wurden zu einem mächtigen

Instrument, mit dem eine große Zahl von Menschen angezogen wurde, und wurden zu

einem integralen Bestandteil der evangelikalen Identität. Wahrgenommene Bedrohungen wie Feminismus, legalisierte Abtreibung, gleichgeschlechtliche Heirat und die Rechte von Schwulen und Transgendern haben zu einer Botschaft

des ressentimentgeladenen Untergangs-Populismus geführt und jede Art von Klassenbewusstsein verhindert.

Die konservativen FührerInnen aller Richtungen haben ihre

Lektion gut gelernt: Wiederhole die und identifiziere Dich mit der Gefahr des Opfern von ChristInnen, versprich,

ihren Glauben zu schützen, und Du wirst gewinnen! Mit den Worten von Donald

Trump, der die Stimmen von über 80 Prozent der Evangelikalen erhielt, die etwa

ein Drittel der WählerInnenschaft ausmachen: „Wir werden das Christentum in den

Vereinigten Staaten schützen.“

In Brasilien mobilisierten evangelikale FührerInnen zur

Unterstützung von Bolsonaro und seinen „traditionellen Familien“-Werten gegen

eine PT (ArbeiterInnenpartei)-Regierung, die während ihrer 13-jährigen Regierungszeit einige Rechte für Minderheiten eingeführt, eine Debatte über die

Entkriminalisierung der Abtreibung in das Unterhaus gebracht hatte und Pläne

erwog, die Geschlechtervielfalt in den Unterrichtsplan aufzunehmen.

Innerhalb von 40 Jahren hat sich die brasilianische Bevölkerung von neunzig Prozent KatholikInnen auf ein Drittel Evangelikale verschoben. Die evangelikalen Kirchen betreiben heute über 600 Fernseh- und Radiokanäle, darunter auch die zweitgrößte Fernsehgesellschaft des Landes, Rede Record, die dem UCKG-Gründer Edir Macedo gehört.

Bolsonaro lehnte Fernsehdebatten mit anderen KandidatInnen ab, gab Rede Record jedoch ein exklusives sowie sein erstes Interview nach dem Gewinn des Präsidentenamtes. In diesem Interview beschrieb er die „ethische und moralische Krise“ Brasiliens und drohte, die AnhängerInnen der PT ins Exil zu schicken.

Politischer Evangelikalismus und seine Auswirkungen auf Frauen

Im letzten halben Jahrhundert hat die Ehe zwischen rechter Politik und dieser unterdrückenden christlichen Sekte die Ungerechtigkeit unter den Armen und Minderheiten der Welt – insbesondere den Frauen – eskaliert, indem sie die biblische Rechtfertigung der Überlegenheit des Mannes über die Frauen benutzt hat, um das kapitalistische Patriarchat aufrechtzuerhalten. Religionsgemeinschaften bringen die Stimme der Hälfte der Bevölkerung zum Schweigen und lenken den berechtigten Zorn auf Verarmung und Ungleichheit (finanziell wie sozial) in Gehorsam gegenüber der staatlichen Autorität um.

Diese Überzeugungen werden zur Waffe für die Unterordnung von Frauen gemacht und setzen strenge Geschlechterrollen durch, wodurch Frauen als „andere“ entmenslicht werden und die Notwendigkeit männlicher Autorität in einer typisch rechtspopulistischen Strategie geschaffen wird. Die starre biblische Machthierarchie des Autoritarismus schafft und fordert bedingungslosen Gehorsam.

Die Beziehungen zwischen den Geschlechtern sind nach diesen Prinzipien geordnet: Ehefrauen unterwerfen sich den Ehemännern, Kinder den Eltern, Gemeinden der Kirchenleitung, BürgerInnen dem Staat und alle Gott – wobei Gott in der Regel der Kirchenleitung gleichgestellt wird. Gleichberechtigung – und Klassen – gibt es in dieser Struktur nicht.

Mit Frauen am unteren Ende der Gesellschaft ist ihr geringes Selbstwertgefühl garantiert. Da sie aufgrund ihrer angeborenen Unwürdigkeit ständig auf Errettung angewiesen sind, lauert immer Scham und Schande. Unverheiratet zu sein; kein Kind empfangen zu können; Sex außerhalb der Ehe zu haben; eine Schwangerschaft abubrechen; vergewaltigt zu werden; nicht so klug, so fähig, so fleißig wie ein Mann zu sein, basiert auf dem Gefühl der Scham, einer Schande, die durch den Willen Gottes erzwungen wird.

Sogar die Mehrheit der nicht-evangelikalen Frauen, die sich nicht schämen, eine Abtreibung vornehmen zu lassen, wissen, dass Stigma und Geheimhaltung sie bedecken; sie wissen nie, wem sie es sicher sagen können. Das ist der Einfluss, den diese Bewegung auf Teile der Gesellschaft ausübt und der uns alle zu beherrschen versucht und bedroht.

Schlussfolgerungen

Der Aufstieg des christlichen politischen Evangelikalismus ist im Grunde eine reaktionäre Bewegung in allen Definitionen des Wortes. Er ist eine Reaktion der KapitalistInnenklasse auf den zunehmenden Kampf gegen die immer strengeren Sparmaßnahmen, die notwendig sind, um das System am Laufen und profitabel zu halten.

Für Teile der ArbeiterInnenklasse ist es eine Reaktion auf die anhaltende Stagnation des senilen Kapitalismus, der die nicht zur herrschenden Klasse gehörenden Menschen, vor allem die Frauen, wirtschaftlich, politisch und sozial an Boden verlieren lässt. Das Fehlen einer revolutionären sozialistischen Alternative zur Verbesserung dieser realen Bedingungen macht die Religion noch attraktiver.

Sie spielt mit der Angst vor dem Tod und dem Mangel an Lebenschancen. Wenn man nämlich keine Möglichkeit sieht, seine Stellung in diesem Leben zu verbessern, kann man genauso gut auf das Leben nach dem Tod setzen. Gleichzeitig bietet sie eine wirkungsvolle Alternative zur einschmeichelnden geistigen Nahrung des Katholizismus und des Mainstream-Protestantismus, die beide weder wirkliche Möglichkeiten zur Veränderung des heutigen Status noch die emotionale Befriedigung eines glühenden Glaubens an ein Paradies jenseits des Todes bieten.

Und obwohl alle Teile der ArbeiterInnenklasse für dieses kapitalistische Gift bezahlen werden, sogar die Evangelikalen, werden die Frauen am meisten blechen. Rechte werden beschnitten, der politische Einfluss in der Gesellschaft wird eingeschränkt, das Selbstwertgefühl wird zerstört,

und

die Vorbilder für Frauen werden auf Schmarotzerinnen wie Jeanine Añez, die derzeitige Interimspräsidentin Boliviens, reduziert.

Viele der schlimmsten Gräueltaten der Geschichte wurden unter dem Einfluss der Religion begangen. Eine bessere Welt ist möglich, aber sie wird für Frauen und Männer nicht unter dem Deckmantel von Religion jeglicher

Art gefunden werden.

Das bedeutet nicht, dass wir als KommunistInnen die Unterdrückung der Religion fordern; im Gegenteil, wir fordern die Freiheit der

Religionsausübung für alle – solange eine solche Praxis nicht die Freiheit der anderen beeinträchtigt, weder innerhalb noch außerhalb der Sekte. Man braucht

nur die verzweifelte Notlage der UigurInnen in China oder der Minderheiten in

islamistischen Regimen zu betrachten, um zu sehen, dass religiöse Verfolgung

tatsächlich existiert – und in beide Richtungen zuschlägt.

Aber während die Religion auch

unterm Kapitalismus notwendiges Opium bleibt und einen Zufluchtsort für Milliarden in einer feindlichen und grausamen Welt bietet, predigt sie die Unterwerfung unter die bestehende Ordnung und lenkt die Sehnsucht nach einer

besseren Welt in ihr Gegenteil, die Unterstützung von Ausbeutung und Unterdrückung, um. Wann und wo immer religiöse Institutionen in die irdische

Welt eingreifen, widersetzen wir uns mit Händen und Füßen.

Wir brauchen eine weltweite Einheit des Kampfes auf der Grundlage der ArbeiterInnenklasse, um diese wachsende Bedrohung auf der ganzen

Welt zu bekämpfen, mit Frauen an der Frontlinie im Kampf gegen die

besondere

Unterdrückung, der sie durch die evangelikale christliche Reaktion ausgesetzt sind und sein werden.

Frauen in China: die „Verliererinnen“ des Aufschwungs?

Resa Ludivien, Unterstützerin Revolution Deutschland, *Fight, Revolutionäre Frauenzeitung* Nr. 8, März 2020

Die Situation von und für Frauen in China hat sich in den letzten Jahren sehr verändert, was vor allem daran liegt, dass es eine Neuorientierung der chinesischen Politik mit der Wahl Xi Jinpings zum Staatspräsidenten gab. Doch schaut man sich die Entwicklungen der letzten 100

Jahre an, erscheinen die Veränderungen -Kämpferinnen im Krieg, wichtiger Teil

der chinesischen Planwirtschaft, zurück an den Herd verdammt - besonders gravierend.

Gerade Frauen, die nach der neuen chinesischen Politik nicht (mehr) ins Weltbild passen, haben es in China immer schwerer. Dazu gehören

nicht nur weiterhin Aktivist_Innen für Frauenrechte, solche, die der heteronormativen Norm entsprechen, sondern auch zunehmend muslimische Frauen

sowie Frauen, die selbst über ihre Zukunft entscheiden wollen und deswegen keine Familie oder Kinder anstreben oder selbst einen Anteil am

chinesischen

Aufschwung einfordern. Man könnte daher glatt die Frage in den Raum stellen, ob

sie nicht die „Verliererinnen“ des Aufschwungs und der Politik Xi Jinpings sind und zukünftig auch sein werden.

Doch zunächst muss geklärt werden, woher die heutigen Besonderheiten Chinas herrühren. Genauso wie in anderen (Groß-)Reichen, vor

allem in Asien, gab es in China eine andere Form der vorkapitalistischen Wirtschaft als Antike bzw. Feudalismus. Marx und Engels nannten sie asiatische

Produktionsweise, doch kam sie auch in anderen Erdteilen vor (z. B. Mittel- und Südamerika). Auffällig ist, dass der „Staat“, sprich der jeweilige Herrscher und seine Beamten, eine wichtige Rolle in Produktion und Handel spielte. Gründe für diese starke Stellung waren die Größe der damaligen Flächenstaaten, aber auch klimatische Verhältnisse, die stets zwischen Dürre und Überschwemmungen schwankten und deshalb eine zentrale Bewässerungswirtschaft erforderten. Um Anbau von Nahrung und Produktion anderer

Güter zu ermöglichen, brauchte man zuverlässige Verantwortliche, die sich u. a. um das Bewässerungssystem des Landes kümmern. Kein Wunder also, dass

sich in diesen Ländern eine starke bürokratische Elite entwickelt hat, die die Produktionsmittel verwaltete. Im alten Ägypten waren es die Pharaonen und die

Priesterkaste und im vormodernen China der Kaiser und seine Beamten (Mandarine). Allerdings konnten dies nur Männer werden, genauer gesagt Männer

aus reichen Familien. Ein solcher Posten bedeutete nicht nur sozialer Aufstieg,

sondern natürlich auch Macht. In den Quellen aus der Vormoderne spielen Frauen

in China nur eine geringe Rolle, weswegen wir heute vor allem die erniedrigende

Praxis des Füße Bindens mit ihrer Stellung in Verbindung bringen. Allerdings ist gewiss, dass trotz des patriarchalen Systems Frauen aus der Klasse der Bäuerinnen und Bauern stark am Produktionsprozess in Haus und Hof sowie auf den Feldern beteiligt waren.

Zwischen Fortschritt und Rückschritt

Als 1949 die Volksrepublik China gegründet wurde, wurde die Gleichheit zwischen Männern und Frauen in der Verfassung niedergeschrieben.

Nicht nur, weil jene, die sich selbst als Kommunist_Innen sehen, wissen, dass ein Sozialismus nur mit Frauenbefreiung einhergehen kann, sondern auch, weil

sie beim Aufbau des neuen Staates gebraucht wurden. Natürlich war auch damals

die Frau gesellschaftlich noch nicht gleichgestellt, sodass in der Verfassung mehr ein Ziel formuliert wurde, als es je unter der Herrschaft der KP Chinas Wirklichkeit wurde. Doch 70 Jahre später und nach der ab Ende der 1970er Jahre

eingeleiteten wirtschaftlichen Neuorientierung, die zwar den Lebensstandard insgesamt gehoben hat, hat sich die Lage der Frau in den letzten Jahren verschlechtert.

Ab dieser Zeit wurde die Restauration des Kapitalismus in der VR China eingeleitet. Dieser spielte ab Beginn der 1990er Jahre wieder die

bestimmende Rolle im Land. Schon vor der letzten Weltwirtschaftskrise war China

in die Reihen der imperialistischen Großmächte aufgerückt, was sich heute im

Hauptkonflikt zwischen China und den USA niederschlägt. Davor, seit dem Korea-Krieg, war die VR China ein von Beginn an bürokratisch degenerierter ArbeiterInnenstaat ähnlich der UdSSR, Osteuropa, Nordkorea und Kuba. Die

Mehrheit der Bevölkerung stellte aber bei Weitem die Bauern- und Bäuerinnenschaft.

„Gender Pay Gap“, die Lohnschere zwischen Männern und Frauen, spielt auch in China eine Rolle. War China 2008 noch auf Platz 57, was diese Ungleichheit angeht, lag sie im Jahr 2017 nur noch auf Platz 100. Noch schlechter schnitten Frauen mit Kind in China ab. Ist der Negativmaßstab 42 %

weniger Lohn für Mütter, beträgt er für kinderlose Frauen immerhin 37 %. Und dies, obwohl es mittlerweile eine Vielzahl von sehr gut ausgebildeten Frauen in China gibt. Diese Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt führt dazu,

dass Frauen entweder in die ökonomische Abhängigkeit von ihrem Ehepartner

gedrängt werden, der sie aufgrund fehlenden Geldes nur schwer wieder entfliehen

können, oder aber in die Schwarzarbeit, zu menschenunwürdigen Bedingungen. Letzteres

trifft gerade auf arme Frauen und den Großteil der weiblichen Landbevölkerung

zu – eine Gruppe, die, wenn sie in die Städte geht, um Arbeit zu suchen, in China sowieso schon unabhängig vom Geschlecht kriminalisiert ist.

Die Restauration des Kapitalismus seit Mitte der 1970er

Jahre hat sich also negativ ausgewirkt. Die Bestrebungen Xi Jinpings, China zur

weltweit dominierenden imperialistischen Macht zu machen, also den USA ihren

Rang abzulaufen, haben ihr Weiteres dazu getan. Sein nationalistisches und militärisches Programm ist dabei ebenso zu nennen wie seine neue

Wirtschaftspolitik. Die chinesische Wirtschaft wird heute vor allem von Industrie und vom Dienstleistungsgewerbe dominiert. Allerdings verlagert China

seine Produktion zunehmend in afrikanische Länder und nach Südostasien, nicht

nur weil es dort lukrativer ist, sondern auch, um im Kampf um die Neuaufteilung der Welt sein Einflussgebiet zu vergrößern. Mittelfristig wird dies gerade jene Frauen treffen, die durch die Restaurationspolitik eine Arbeit in der kapitalistisch umstrukturierten Industrie annehmen mussten und deren Arbeitsplätze in China wegfallen werden.

Frauenbewegung in der VR China

Schaut man sich ein Bild vom letzten Parteitag der chinesischen Kommunistischen Partei an, sieht man.....Männer. Dieses Bild steht sinnbildlich für die Rolle der Frau in den Augen der KP im Jahr 2019.

Auch die offizielle Frauenorganisation kann dieses Missverhältnis nicht aufheben und möchte es auch nicht. Doch eine unabhängige Organisierung in China ist schwierig, da es weder Presse- noch Versammlungsfreiheit gibt, geschweige denn das Recht, sich legal zu organisieren.

In den letzten Jahren gab es immer wieder Proteste von Frauen. Insbesondere die Themen häusliche und sexualisierte Gewalt spielten dabei eine wichtige Rolle. Im Jahr 2017 rangierte China auf einem der letzten Plätze, wenn es um „Überleben und Gesundheit“ von Frauen geht. Kein Wunder, dass es die #Me-Too-Bewegung sogar bis nach China geschafft hat. Über Tausende beteiligten sich und Hunderte Millionen Menschen (Vergleich: Deutschland hat

nicht einmal 100 Millionen Einwohner*innen) teilten die Beiträge von Frauen, die über ihr Erlebtes berichteten. Über 70 % der chinesischen Frauen gaben an, schon einmal sexuell belästigt worden zu sein. Dennoch geht man von einer noch höheren Dunkelziffer aus. Nach einer solchen Umfrage musste das zuständige Institut in Guangzhou (Kanton), das zu Gleichberechtigung forschte, seine Arbeit einstellen. Außerdem wurden in sozialen Medien die Accounts von Aktivist_Innen gesperrt. Daran erkennt man, wie sehr dem Staat dieses Thema ein Dorn im Auge ist.

Auch die 37-tägige Inhaftierung der sog. „Feminist Five“ Li Maizi, Zheng Churan, Wei Tingting, Wu Rongrong und Wang Man im Jahr 2015 bestätigt dies. Man versucht, durch solche Aktionen die Aktivist_Innen nicht nur zum Schweigen zu bringen, sondern auch durch das Abschneiden von der Öffentlichkeit in Vergessenheit geraten zu lassen. Doch gerade Aktivist_Innen wie Li Maizi macht man nicht so leicht mundtot. Sie engagiert sich nicht nur für Frauenrechte in China, sondern stellt auch ein Bindeglied zur kriminalisierten LGBTIQ-Community her. Diese wiederum hat viele weibliche Aktivist_Innen und nicht nur solche, die selbst Teil der Community sind. Auch viele Mütter, die sich gegen die Entkriminalisierung ihrer Kinder einsetzen, beteiligen sich am Protest.

Was tun die Gewerkschaften für chinesische Frauen?

Im Grunde kann man sagen, dass die einzige legale Gewerkschaft (Allchinesischer Gewerkschaftsbund; ACGB) mit über 300 Millionen offiziellen Mitgliedern keine Gewerkschaft im eigentlichen Sinne darstellt. Sie

ist weder in den Betrieben verankert noch vertritt sie die Interessen der Arbeiter_Innen.

Auch ist ihre Führung durch den Staat eingesetzt und somit nicht frei gewählt.

Insgesamt besteht die Strategie Pekings darin, Protest zu entpolitisieren.

Dennoch gab es einen Anstieg von Arbeitskämpfen in China in den letzten 30 Jahren, was mit seiner Entwicklung zu einem wichtigen Player des kapitalistischen Systems zusammenhängt. Gerade der Südosten Chinas hat viele

Kämpfer_Innen hervorgebracht. So gab es bspw. seit 2008 immer wieder Streiks im

Reinigungsbereich. Angeführt wurden diese von Frauen. Auch in China ist dies

ein Sektor, in dem gerade Menschen arbeiten, die sonst keine bessere Jobperspektive haben wie Alte, Arme, Migrant_Innen und Frauen. Im Jahr 2014

wurde das Guangzhou's Higher Education Mega Center, das 200.000 Studierende

umfasst, von den Arbeiter_Innen der Putzfirma bestreikt. Von Anfang an verbanden sie Migrant_Innen und Frauen durch Selbstorganisation. Sie wählten

sogar 18 Vertreter_Innen, von denen 5 zugelassen waren, für Gespräche mit der

Firma. Ebenso solidarisierten sich Hunderte Studierende. Diese Arbeitskämpfe

bilden einen wichtigen Pol, um den herum sich der Aufbau vom Staat unabhängiger, klassenkämpferischer und antibürokratischer Gewerkschaften vollziehen kann, die überdies weit mehr Schichten als die ArbeiterInnenaristokratie organisieren müssen und können.

Innere Widersprüche und die Stellung der Frau in China

Wie in allen anderen Kulturkreisen gibt es auch in China

historische Begebenheiten und Vorstellungen, die die Stellung von Frauen sowie das Miteinander der Gesellschaft bis heute prägen. In Ostasien ist das u. a. die Philosophie des Konfuzianismus.

Allerdings war eines der einschneidendsten Erlebnisse für Frauen in der jüngeren Vergangenheit vor allem die Ein-Kindpolitik ab 1979, die vor ein paar Jahren abgeschafft wurde. Familien durften nur ein Kind bekommen (mit Ausnahmen u. a. auf dem Land, da dort die Arbeitskraft benötigt wurde) und Mädchen wurden in großer Zahl getötet. Gründe dafür sind nicht nur das Prestige, dass ein Junge und späterer Erbe mit sich brachte, sondern auch die Tatsache, dass Mädchen, um zu heiraten, ihre Familien verlassen würden und sich somit nicht um die Eltern kümmern könnten. Heute kommen ca. 100 Frauen auf 121 Männer. Die Auswirkungen hiervon sind Raub an jungen Mädchen in China und angrenzenden Ländern sowie eine Konzentration unverheirateter Männer in armen Provinzen.

Am Beispiel Hongkong kann man viele Widersprüche innerhalb der chinesischen Gesellschaft ab der Phase der Restauration erkennen und beschreiben. Hier ist der Konflikt zwischen kapitalistischen Bestrebungen und Frauenbefreiung täglich sichtbar, die Probleme der doch nicht so gleichgestellten Frau treten offen zu Tage.

Hongkong ist für viele Chines_Innen das Ziel ihrer Träume. Die ehemalige britische Kronkolonie, heutige bedeutender Finanzstandort, verspricht der armen Bevölkerung auf dem Land Arbeit und ein besseres Leben. Doch kann die Stadt dieses Versprechen nicht halten. Dennoch ist dies eine Frage, die nur wenige von den immer wieder aufkeimenden und aktuell stattfindenden

Protesten

aufgreifen. Etwa die Hälfte aller Demonstrant_Innen bei den weiterhin anhaltenden Protesten sind Frauen. Unabhängige Frauengruppen- und -initiativen

haben sich herausgebildet. Dennoch: Veraltete Rollenbilder von Frauen, die schweigen und sich gefälligst mit nichts außerhalb des privaten Raums beschäftigen sollen, gibt es natürlich nicht nur in Europa, sondern auch in Ostasien. Um Frauen daran zu erinnern, wo aus patriarchaler Sicht ihr Platz ist, greifen Polizist_Innen in Hongkong zu einer ganz besonderen Form der Gewalt: sexualisierter Gewalt. Ungefähr jede fünfte Frau, die festgenommen wurde, berichtet von sexueller Belästigung und Gewalt durch die Polizei. Die Bewegung reagierte mit Demonstrationen dagegen, die von Tausenden besucht

wurden. Und nicht nur Frauen solidarisieren sich, auch Männer. Ein kleiner Anfang.

Proletarische Frauenbewegung jetzt!

Die #Me-Too-Bewegung hat den Bedarf, den es auch in China gibt, gezeigt. Jetzt gilt es, praktische Maßnahmen zu ergreifen. Es braucht nicht nur eine Selbstorganisation, sondern aufgrund der hohen Zahlen an häuslicher und sexualisierter Gewalt organisierten Selbstschutz. Doch eine Organisation

der Frauen ist nur möglich, wenn man einerseits trotz all der Repression immer

wieder Öffentlichkeit für die Themen schafft und andererseits die Herausforderung angeht, trotz überwachter sozialer Medien, Frauen über größere

Entfernungen hinweg zu organisieren, egal ob in der Stadt oder auf dem Land.

Hier kann allerdings von der Queerbewegung gelernt werden, die es seit Jahren

immer wieder erfolgreich schafft, sich zu organisieren und auch Treffen zu abzuhalten.

Der Gebrauch von dafür genutzten Tarninternetseiten sollte aber dabei dem Verkehr über WeChat vorgezogen werden.

Die Perspektive, die eine chinesische Frauenbewegung braucht sind nicht nur praktische Antworten auf Diskriminierung, sexualisierte Gewalt und Repression, sondern auch eine Verbindung der Kämpfe mit anderen Betroffenen der chinesischen Politik, sprich eine internationalistische Perspektive. Ebenso darf man nicht vergessen, dass derzeit viele der Aktivist_Innen aus der gebildeten Schicht in den Großstädten stammen. Auf die Interessen von proletarischen Frauen muss daher dringend eingegangen werden. Eine Verbindung einer chinesischen Frauenbewegung mit der von Peking stillgehaltenen Arbeiter_Innenbewegung ist unabdinglich. Alles andere als eine solche proletarische Frauenbewegung würde auch darüber hinwegtäuschen, dass die Auswirkungen der neuen Politik und der patriarchalen Gesellschaft Chinas gerade Arbeiterinnen trifft. Sie werden von ihren Familien getrennt und kriminalisiert, weil sie versuchen, in den Städten Arbeit zu finden. Sie sind es, die aufgrund schlechter Ausbildung und Jobs der häuslichen Gewalt nicht entfliehen können und auch zunehmend ihre Jobs verlieren werden, wenn China die Produktion weiter ins Ausland verlagert. Gleichzeitig sind nur sie zahlenmäßig und von ihrer Klassenstellung her im Unterschied zu (bildungs-)bürgerlichen und Mittelschichten dazu in der Lage, durch Streiks, v. a. gemeinsame mit ihren männlichen Kollegen, und weitere Mittel die chinesische Gesellschaft in Bewegung zu setzen und für die Befreiung der Frau einzutreten.

Kommunistinnen müssen an vorderster Front in den

Massenorganisationen ihrer Klasse arbeiten, v. a. in Gewerkschaften und Frauenbewegung, um sie für revolutionär-sozialistische Ziele zu gewinnen, eine neue revolutionäre kommunistische Massenpartei und kommunistische Frauenorganisation aufzubauen.

- Für eine internationale, proletarische Frauenbewegung und -internationale!
- Für Frauenselbstorganisation- und -selbstverteidigungsgruppen!
- Bildet unabhängige Gewerkschaften!
- Für den Aufbau einer revolutionären Fünften ArbeiterInneninternationale!

Frauen und Krise - Great crisis rises up

Leonie Schmidt, Revolution Deutschland, Fight, Revolutionäre Frauenzeitung Nr. 8, März 2020

Die Welt ist in Aufruhr. In vielen Ländern wie zum Beispiel in Chile, im Libanon oder im Irak existieren Volksbewegungen, die sich Angriffen auf die Arbeiter_Innenklasse oder korrupten Regierungen widersetzen. Das Wachstum der Weltwirtschaft verlangsamt sich und die Angst vor einer erneuten weltweiten Rezession steigt an. Des Weiteren steigen die Spannungen zwischen großen imperialistischen Mächten wie, besonders zwischen den USA und China, und drücken sich durch Schutzzölle auf Stahlteile und Einzelteile für Smartphones etc. aus.

Politisch-ökonomische Weltlage

2019 befand sich die Weltwirtschaft kurz vor einer Phase der Rezession.

Rückgang bzw. Stagnation des Profits im Vergleich zu vorherigen Jahren waren allgegenwärtig. Nur wenige Branchen schafften es, eine Profitsteigerung zu erzielen. 11 Jahre seit Ende des letzten globalen Wirtschaftsabschwungs 2008 deutet eine Kombination von Faktoren wie stagnierende oder sinkende Profite, schwache oder rückläufige Investitionstätigkeit in Kapitalausrüstung, zunehmende Firmenverschuldung, Protektionismus und Handelskriege darauf hin, dass ein erneuter Konjunktureenbruch nicht mehr fern ist.

Besonders hart traf es das verarbeitende Gewerbe (Baugewerbe, Industrie und Handwerk) deren Geschäftsmanagerindex (PMI) weltweit unter 50 fiel. Dieser gilt als Schwellenwert zwischen Expansion und Kontraktion. In Deutschland lag dieser bei 40, in den USA und China knapp über 50. Der Dienstleistungssektor hingegen schaffte es, weiterhin seinen Profit zu steigern. So verhalf dieser Griechenland, das BIP immerhin um 2 % zu steigern. Laut Analyst_Innen von JP Morgan verlangsamte sich das gesamte Wachstum der Weltwirtschaft in 2019 aber stark, alle 10 Wirtschaftssektoren waren davon betroffen. Des Weiteren sank die Mehrwertrate, da die Lohnkosten nicht durch Gewinne kompensiert werden konnten.

Das Wachstum der Industrieländer als Gruppe dürfte bis 2020 auf 1,4 % sinken, was auch auf die anhaltende Schwäche des verarbeitenden Gewerbes zurückzuführen ist. Das Wachstum in Schwellen- und Entwicklungsländern dürfte sich in diesem Jahr auf 4,1 % beschleunigen. Es wird aber nur von einer verbesserten Leistung einer kleinen Gruppe großer Volkswirtschaften ausgegangen, von denen einige aus einer Phase erheblicher Schwäche hervorgehen.

Etwa ein Drittel der Schwellen- und Entwicklungsländer (wir bezeichnen diese als Halbkolonien) wird in diesem Jahr voraussichtlich zurückfallen, da sich Exporte und Investitionen schwächer entwickeln. Es wird erwartet, dass sich das US-Wachstum in diesem Jahr auf 1,8 % verlangsamt, was die negativen Auswirkungen früherer Zollerhöhungen und der erhöhten Unsicherheit widerspiegelt. Das Wachstum des Euroraums dürfte im Jahr 2020 aufgrund der schwachen industriellen Produktivität auf 1 % nach unten fallen. Die Erwerbslosenzahlen 2019 in der EU liegen bei 16 Millionen

(6,3 %) und haben damit erst gerade das Vorkrisenniveau 2007 (7,1 %) unterschritten. Die BRD weist zwar das höchste Erwerbstätigkeitsniveau seit der Wiedervereinigung auf), doch diese Jobs werden immer unsicherer und prekärer.

Allerdings beruhen diese Zahlen auf ungewissen Faktoren und können sich auch noch verschlechtern, besonders relevant sind hier Wirtschaftskriege und Spannungen oder ein stärkerer Einbruch des Profits in den bedeutenden Volkswirtschaften, der auf andere überschwappt.

Vorhersagen

Die Vorhersagen der großen Wirtschaftsanalyt_innen für 2020 fallen aber allesamt recht positiv aus. Zumindest soll sich die Weltwirtschaft stabilisieren und etwas erholen, Risiken bleiben aber weiterhin vorhanden. Es wird vom IMF mit einem Weltwirtschaftswachstum von 3,5 % gerechnet, also einem leichten Anstieg im Gegensatz zu 2019, welcher mit 3,2 % vorhergesagt wurde. Die Weltbank hingegen geht nur von einem Wachstum bis 2,5 % aus.

Die mild optimistischen Vorhersagen der Analyseinstitute für 2020 berufen sich auf der negativen Entwicklungskurve der Weltwirtschaft entgegenwirkende Faktoren. So konnte ein rezessiver Einbruch der größten Volkswirtschaften bei Produktion und Investitionen 2019 vermieden werden – zum Preis niedrigen BIP- und Produktivitätswachstums. Die globalen Finanzierungskosten befinden sich auf historischem Tiefstand teils aufgrund der Zentralbankpolitik des „billigen Geldes“ (Nullzins, Quantitative Easing), aber auch aufgrund geringer Kreditnachfrage durch Staat und Kapital als Folge ausbleibenden Investments. Aktien- und Wertpapiermärkte erreichen dagegen ein ungeahntes Hoch. Die Arbeitslosenzahlen bleiben im Gegensatz zur Großen Depression der 1930er Jahre niedrig.

Der zugrunde liegende tendenzielle Fall der Profitrate muss über kurz oder lang die entgegenwirkenden Ursachen übertrumpfen. Der Ausbruch einer neuen Krise wird umso sicherer erfolgen, weil die Geldpolitik darin versagt hat, die Wachstumsraten von vor 2007 wiederherzustellen. Die letzte Dekade

sah die längste Zeit ohne Rezession, aber auch die mit dem schwächsten Wirtschaftsaufschwung nach einer solchen. Keynesianisches Gegensteuern durch gesteigerte Staatsinvestitionen (und -schulden) hatte bereits in den Konjunkturkrisen zuvor versagt und wird diesmal auf die Barriere der schwindelerregend gestiegenen Budgetverschuldung stoßen.

Handelskrieg USA-China

Die größten Sorgen bereitet den Analyst_Innen der Handelskrieg zwischen den USA und China. Dieser war 2019 stark eskaliert und führte zu Abstürzen auf beiden Seiten. China haben die Sanktionen und Strafzölle auf Importwaren in die USA bereits 35 Milliarden US-Dollar gekostet. Für die USA erhöhten sich die Produktionskosten massiv und es wurden zwar neue Jobs in der Stahlindustrie erschaffen, wie von Trump versprochen, allerdings zu viel schlechteren Bedingungen und für viel weniger Lohn.

Trump's Ziel war also nie, die US-amerikanische Stahlproduktion zu stärken, sondern von Anfang an, der Konkurrenz eine Warnung zu verpassen. Denn Chinas Wirtschaft ist in den letzten Jahren massiv gewachsen und stellt die größte Gefahr dar. Gerade im Bereich von IT und Hochtechnologien ist es Vorreiter und mit vielen anderen Wirtschaften vernetzt. So lag Chinas Wirtschaftswachstum 2018 bei 6, 57 %, das der USA nur bei 2,93 %. Berichten zufolge hatte China zugestimmt, landwirtschaftliche Waren der USA im Wert von 50 Mrd. USD zu kaufen, während die USA anboten, die bestehenden Zölle für chinesische Waren um bis zu 50 % zu senken. Der Konflikt ist somit also keinesfalls beigelegt, allerhöchstens kurzzeitig entschärft. Eine erneute Verschärfung kann aber zu massiven Einstürzen im Welthandel führen.

Kampf um die Neuaufteilung der Welt

Der Handelskrieg zwischen den USA und China trägt allerdings auch noch ein geopolitisches, militärisches Markenzeichen, denn als neu wachsender Imperialist muss China natürlich die Vormachtstellung des US-Imperialismus global angreifen. Die chinesische Armee hat sich in einen Rüstungswettlauf mit den USA gestürzt. Die Eskalation im Konflikt zwischen den USA und dem

Iran, einer zunehmend selbstsicheren Regionalmacht, verkörpert eine weitere drohende Gefahr.

Beide hängen miteinander zusammen, denn der Iran und China führen eine gute Handelsbeziehung. So gingen 27,4 % der Exporte des Irans nach China, 27,8 % der Einfuhren kommen daher. Öl, Gas und auch die Relevanz des Irans in Chinas „Seidenstraßenprojekt“ spielen dabei eine entscheidende Rolle.

Der Rückgang des Welthandels und der Investitionstätigkeit hat besonders die sog. aufstrebenden Ökonomien getroffen. Deren Wachstum war in den letzten 6 Jahren fast überall niedriger als in den 6 Jahren vor Ausbruch der letzten Rezession. In Brasilien, Russland, Argentinien, Südafrika und der Ukraine gab es gar keines.

Von 2010–2018 nahm das Verhältnis von Auslandsverschuldung zum BIP der Entwicklungsländer um mehr als die Hälfte auf 168 % zu – ein schnellerer jährlicher Anstieg als während der Schuldenkrise Lateinamerikas. Laut Schuldenreport der Weltbank 2020 befinden sich 124 von 154 erfassten Ländern im kritischen Bereich kurz vor der Staatspleite, 2 mehr als im Vorjahr. 60 % dieser Länder stehen vor einer schlimmeren Situation als 2014.

Entscheidend für die Weltordnung wird also die Konkurrenz zwischen der aufstrebenden imperialistischen Großmacht China und den USA um die Weltherrschaft werden. Ihr Ringen wird den regionalen Auseinandersetzungen immer mehr ihren Stempel aufdrücken. Die Gefahr des Ausbruchs eines III. Weltkriegs wächst.

Wen trifft es besonders hart?

Es ist „natürliche“ kapitalistische Logik, dass in Zeiten der Rezession die sinkenden Profite durch Entlassungen, Kürzungen von Arbeitszeit und Lohn und andere Angriffe auf die Arbeiter_Innenklasse wie beispielsweise Rentenreformen aufgefangen werden sollen. So zum Beispiel aktuell in Frankreich, wo Macron mit seinen neoliberalen Reformen das

Renteneintrittsalter auf 64 anheben möchte oder in Chile, wo die Regierung eine Erhöhung der Preise für öffentliche Verkehrsmittel durchsetzen wollte, aber daraufhin mit Massenprotesten konfrontiert wurde.

Die Krise wird auf dem Rücken der Arbeiter_Innenklasse ausgetragen. Jedoch trifft es hier besonders Frauen. Mit der Krise 2007/08 wurden Teilzeitjobs und Leiharbeit stark ausgebaut, damit die Kapitalist_Innen ihren Profit dennoch weiter vermehren können und zur Not ohne viel Aufwand die Arbeiter_Innen entlassen können, wenn die nächste Rezession einsetzt.

In den imperialistischen Ländern sind sie häufig von Arbeitslosigkeit und unsicheren, prekären Beschäftigungsverhältnissen geplagt. So arbeiten in Deutschland 2019 30,5 % Frauen in solchen „atypischen“ Verhältnissen, aber nur 12,2 % der Männer. Das wird als freiwillige Entscheidung für mehr Familien- oder Freizeit beispielsweise vom Bundesamt für politische Bildung gewertet, ist aber reine Ideologie, denn die unentgeltliche Reproduktionsarbeit fällt überwiegend den Frauen zu. So wird auch ausschließlich von Frauen erwartet, Job und Familie zu verbinden, und sie sind gezwungen, Teilzeit oder unsichere Jobs zu akzeptieren, wenn sie Kinder großziehen.

Auch Frauen in Halbkolonien (wie bspw. Indien oder Pakistan) sind oft im prekären Bereich beschäftigt. Hier variieren die Zahlen je nach Land zwischen 45 %-76 %. Die Beschäftigung findet hier auch oft im informellen Bereich statt, wo angemessene Bezahlung, Schwangerschaftsurlaub, eine sichere Arbeitsumgebung oder gar gewerkschaftliche Organisation zurzeit undenkbar sind. Viele dieser Frauen arbeiten in Textilfabriken (in welchen für H&M, Primark und Co produziert wird), in sogenannten Sonderwirtschaftszonen, in denen sie für einen Hungerlohn ausgebeutet, teilweise eingesperrt und zur Arbeit gezwungen werden. Auf Sicherheit wird kaum geachtet. Oftmals kommt es zu Gebäudeeinstürzen oder Fabrikbränden neben dem Umgang mit gefährlichen Chemikalien ohne wirkliche Schutzkleidung.

Weltweit sind Frauen besonders von Armut betroffen. Demnach leben 5 Millionen mehr Frauen als Männer in extremer Armut. Des Weiteren sind

mehr Frauen von Altersarmut betroffen. In Deutschland sind es 20 % der Frauen, aber nur 15 % der Männer. Das erklärt sich durch geringeren Lohn während der Arbeitszeit und Unterbrechungen zum Großziehen der Kinder.

Noch immer ist es Frauen laut UNO in 104 Ländern nicht erlaubt, bestimmte Berufe auszuüben. In 18 Ländern können Männer ihren Ehefrauen grundsätzlich verbieten zu arbeiten. So müssen Frauen in Saudi-Arabien beispielsweise für die Ausübung bezahlter Arbeit generell die Erlaubnis eines männlichen Vormunds einholen. So spiegelt sich auch die finanzielle Abhängigkeit der Frauen wider, da sie sowohl in imperialistischen als auch in halbkolonialen Ländern nach wie vor weniger Lohn erhalten als Männer. In Deutschland sind es beispielsweise 21 %, 17,3 % in Großbritannien, in Pakistan hingegen 34 %.

Der Kampf um finanzielle Gleichstellung ist also weltweit keineswegs abgeschlossen. Aber selbstverständlich gibt es auch andere Bereiche, in denen Frauen strukturell benachteiligt werden. So kam es mit der Krise 2007/08 auch zu einem Anstieg nationalistischer Gefühle, da die Mittelschichten der imperialistischen Länder sich vor einem sozialen Absturz und dem Verlust ihrer Privilegien fürchteten. Um reaktionäre Angriffe und die Stärkung der nationalen Wirtschaft zu fördern, wurden fremdenfeindliche und chauvinistische Ideologien geschürt.

Diese sorgten auch für ein Rollback bei Frauen- und LGTBIA-Rechten. So beispielsweise der Versuch der weiteren Illegalisierung von Abtreibungen, aber auch das Aufbegehren der Rechten gegen das „Gendermainstreaming“ (die Integration der Gendergleichstellungsperspektive in politische Prozesse, wie von der Weltfrauenkonferenz in Nairobi 1985 festgelegt).

Dadurch kam es auch zu vermehrten gewalttätigen und sexualisierten Angriffen auf Frauen sowie auch auf die körperliche und sexuelle Selbstbestimmung. So erleben auch mehr Frauen Gewalt in Beziehungen als Männer und werden auch häufiger von ihrem (Ex-)Partner ermordet. Voruntersuchungen zu einer Studie der WHO zeigen, dass 35 % der weltweiten Morde an Frauen von Intimpartnern begangen werden, aber nur 5 % aller Morde an Männern von ihren Partnerinnen. Gemeinsamer Kampf

gegen Ausbeutung und für Frauenbefreiung

Gemeinsamer Kampf gegen Ausbeutung und für Frauenbefreiung

Die Auswirkung der Krise, die Ausbeutung der Arbeiter_Innenklasse und die Unterdrückung der Frau stehen also in einem engen Verhältnis zueinander und bedingen sich teils gegenseitig. Um genug Widerstand aufbauen zu können, ist es daher wichtig, auch die männlichen Proletarier für den Kampf zur vollständigen Frauenbefreiung zu gewinnen. Gegen die kommende Krise muss sich die Gesamtklasse in Stellung bringen, ein revolutionäres Antikrisenprogramm annehmen. Um unsere Stärke und Fähigkeit zu steigern, müssen wir in alle ökonomischen und sozialen Kämpfe intervenieren, um ihre Vorhut für unsere Reihen zu gewinnen. Dieses Aktionsprogramm muss auch Antworten auf das Rollback gegen die Rechte der arbeitenden Frauen geben.

Gleichzeitig muss es aber eigene Strukturen (sog. Caucuses) innerhalb der Arbeiter_Innenbewegung (z. B. in Gewerkschaften) für Frauen geben, da sie einer doppelten Unterdrückung und spezifischen Formen sexistischer Diskriminierung unterliegen. Das Gleiche trifft auf ebenso auf andere Unterdrückte (Jugendliche, MigrantInnen usw.) zu. Denn so revolutionär eine Bewegung oder eine Partei auch sein mag, niemand ist frei von im Kapitalismus erlernten Unterdrückungsmechanismen und auch in den eigenen Strukturen müssen diese diskutiert und bekämpft werden.

Dennoch kann aber nur ein gemeinsamer internationaler Kampf der gesamten Arbeiter_Innenklasse für eine Befreiung aller Unterdrückten sorgen, der sich gegen den Kapitalismus stellt und für eine sozialistische Revolution eintritt, da die Abschaffung der unbezahlten Reproduktionsarbeit, welche unüberwindbar mit dem Kapitalismus vereint ist, ihre vollständige Sozialisierung und Aufteilung auf alle Geschlechter im Interesse der gesamten ArbeiterInnenschaft liegt, auch wenn unterm Kapitalismus ihr weiblicher Teil jene weit überwiegend verrichtet.

Wir als Marxist_Innen treten daher für eine internationale multi-ethnische,

proletarische Frauenbewegung ein mit dem Recht auf gesonderte Treffen in Arbeiter_Innenorganisationen wie Gewerkschaften. Deshalb müssen diese auch massiv unter den prekär Beschäftigten rekrutieren und dürfen sich nicht auf die Verteidigung der relativ privilegierten, ausgebildeten und sicherer beschäftigten (arbeiter_innenaristokratischen) Schichten beschränken.

Daher fordern wir:

- Gleiche Rechte für Frauen bei Wahlen, auf dem Arbeitsmarkt, im Bildungswesen, an allen öffentlichen und gesellschaftlichen Aktivitäten teilzunehmen!
- Für ein Programm gemeinnütziger öffentlicher Arbeiten mit Vollzeitstellen und auskömmlichen Tariflöhnen für Frauen, bezahlt aus Unternehmerprofiten und Vermögensbesitz!
- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Mindestlohn für alle Frauen, um ein Mindesteinkommen zu sichern, das die Reproduktionskosten deckt und ein Leben ohne Abhängigkeit vom (männlichen) Partner erlaubt!
- Arbeitsschutz in allen Produktionsstätten! Für das Recht auf gewerkschaftliche Organisation, wo es bisher verboten ist!
- My Body, my Choice: Für das vollständige Recht auf Abtreibung ohne Fristen und Mindestalter, sexuelle Selbstbestimmung und das Prinzip des sexuellen Konsenses! Zugang zu kostenlosen Verhütungsmitteln!
- Kostenloser Zugang zu Gesundheitsversorgung, Pflegeeinrichtungen, Krankenversorgung und gesicherte Renten für alle Frauen! Wir fordern kostenlose und bedarfsorientierte Kinderbetreuung, öffentliche Kantinen und Wäschereien - um eine gesellschaftliche Gleichverteilung der Reproduktionsarbeiten auf alle Geschlechter sicherzustellen!
- Um Frauen aufgrund ihrer Doppelbelastung durch Erwerbstätigkeit und Reproduktionsarbeit eine politische Teilnahme zu erleichtern, treten wir zudem für eine Vergesellschaftung sämtlicher Haushalts-, Sorge- und Reproduktionsarbeiten ein!
- Recht auf Scheidung auf Wunsch! Ausbau und Sicherstellung von Schutzräumen für Frauen (wie z. B. Frauenhäuser)!

- Kostenlose, kollektive Selbstverteidigungsstrukturen, um es Frauen zu ermöglichen, sich selbst vor Übergriffen zu schützen, unterstützt von Frauen- und Arbeiter_Innenbewegung!

اتفاق ترمب ضد فلسطين

لماذا

نرفض اتفاق ترمب ونطالب بـ „نحن“

عوضاً

.عن ذلك

إفصاح

ترمب عما يسمى „صفقة

القرن“

بيوم

28.01

في

واشنطن كانت بمثابة احتفال له ولنتنياهو

ولعديد من ممثلي اليمين اليفانجيلي

وحركات الاستيطان والمحافظين الجمهوريين،

الذين تم دعوتهم مسبقاً.

في

الصف الأول جلس أيضاً سفراء دول الخليج

السنية الغنية بالنفط.

بحكم

مصالح أمريكا الجيوسياسية كان من المفروض

تشكيل تحالف ضد إيران في غرفة الاجتماع.

خطط

ترمب لاقت وجوها فرحة في هذه الغرفة.

الغير

مدعوون كانوا الفلسطينيون والفلسطينيات.

من
الواضح ان خطط ترمب لا تعنيهم والأكثر
غرابة من ذلك مطلب ترمب بعدم التفاوض مع
ممثلي الفلسطينيين والفلسطينيات.

ومن
خلاله أرسل ترمب تهديده بأن صفقة القرن
من الممكن أن تكون اخر فرصة للفلسطينيين.

توقيت
الإعلان لم يكن عفويا وإنما مرتبط بالسياسة
الداخلية.

فبينما
يقارع ترمب ضد عملية نزع الثقة عنه في
واشنطن يواجه نتنياهو على الضفة الأخرى
تهما عديدة بالفساد.
لذلك

تعتبر هذه الصفقة بمثابة تمكين لدولة
إسرائيل وتساعد على تطبيق استراتيجياتها
بدون محاسبة وتتبع سياسة ترمب بخصوص
الموضوع حتى اليوم:
الاعتراف

بضم الجولان وقراره بان المستوطنات
الإسرائيلية لا تخرق القانون الدولي

حسب
صفقة القرن ستشكل فلسطين فقط من 9%

من
مساحتها أيام الانتداب البريطاني في عام
1947.

تقريبا
جميع المستوطنات في الضفة ستعتبر أرضا
إسرائيلية والقدس ستكون عاصمة إسرائيل
وحدها.

تذهب
خطة ترامب أكثر باتجاه الاعتراف بسلطة
الأمر الواقع لإسرائيل على الضفة الغربية

وفصل ما يسمى بالمثلث أي اخراج الفلسطينيين
من حملة الجواز الإسرائيلي من مناطق معينة
مثل ما كان يطالب به اليميني المتطرف
أفيغدور ليبيرمان

نظام

فصل عنصري معباً بخوابي دولة

صفقة

القرن تنطوي على اعتراف كامل بالضم العنصري
الصهيوني للضفة الغربية.

وفي

نفس الوقت تمنع صفقة القرن حصول دولة
فلسطين المستقبلية حق السيطرة على أراضيها
ومجالها الجوي وتحظر على «دولة»

فلسطين

امتلاكها لقوى مسلحة وتضمن لإسرائيل حق
التدخل العسكري في المناطق الفلسطينية.

الدولة

الفلسطينية لن يكون لها حتى الحق في إقامة
علاقات دولية كاملة بنفسها في حال تأثرت
المصالح الإسرائيلية بهذه العلاقات.

هذه

الدولة المرتقبة سينقصها كل شيء، مما

يمكن أن يصنع دولة

هزيمة

الانتفاضة الأولى أدت إلى محادثات أوصلو
مطلع التسعينيات.

من

أجل تحقيق هذا الوعد الغامض بإقامة منطقة
لها سيادة، كان على الفلسطينيين والفلسطينيات
وقف كفاحهم ضد الإجراءات العنصرية التي
تمارس ضدهم يوميا.

بسبب

انحسار دور منظمة التحرير وتوقف حشد

الانتفاضة، والبناء الهائل للمستوطنات
بالضفة الغربية أتيح لإسرائيل بأن تقضي
على كل محاولة لإقامة دولة فلسطينية
مستقلة.

ومع
تشكيل السلطة الفلسطينية بالضفة تم خلق
جهاز بيروقراطي سلطوي، عمِل كذراع ممتدة
لسلطة الاحتلال في الضفة

خطة
ترمب تتبع نفس الأسلوب المستخدم في بداية
تسعينيات القرن الماضي في أوصلو مع فارق
وحيد:

في
أوصلو كان ينظر للفلسطينيين كأطراف في
الصراع والمحادثات، أما في صفقة القرن
لم يتم الحديث معهم من قبل صهر ترمب جاريد
كوشنر أو حتى دعوتهم لإعلان الصفقة أو
سؤالهم فيما إذا كانوا موافقين على بنود
الصفقة وكيفية تطبيقها.

المعني
هنا اجتزاء أراضي من الضفة الغربية.
بينما

كان من المفترض أن تعطي عملية أوصلو
„شرعية“

لسياسات

الاحتلال الإسرائيلي من خلال إشراك
المؤسسات الفلسطينية في جولات يائسة من
المفاوضات، فإن الشرعية تقتصر الآن على
„الاعتراف

بالواقع“،

أي السلطة الفعلية للدولة الإسرائيلية
على الأراضي المحتلة.

„حل“

ترامب

للمستوطنات غير القانونية هو ببساطة
إضفاء الشرعية عليها.
„الحل“

لآلاف

اللاجئين هو حرمانهم من حق العودة، و
„الحل“

للقدس

هو أنه يعطي المدينة بأكملها (باستثناء
ضاحية صغيرة في الشرق)
لإسرائيل.

الاشتراكية

عوضاً عن القومية

إن

السياسات العدوانية للحكومة الأمريكية
ضد حقوق الفلسطينيين و(في
أحسن الأحوال)

الموافقة

الصامته للعديد من الحكومات الأخرى، مثل
الألمانية والفرنسية، على هذه السياسات
تجعل من الضروري أن يعلن النشطاء اليساريون
والنقابيون المناضلون في جميع أنحاء
العالم الحرب على هذه السياسات.

لن

يعتمد حق الفلسطينيين في تقرير المصير
على منطق „المجتمع
العالمي“،

أي منطق الحكومات البرجوازية.

ولكن

سيعتمد على ما إذا كانت الحركة في فلسطين
وإسرائيل ستتمكن من حشد الجماهير ضد خطط
اليمين الإسرائيلي وحلفائهم في أمريكا
وأوروبا ودول الخليج.

لقد

حدثت احتجاجات كبيرة بالفعل في رام الله
وغزة وكذلك في تل أبيب.

لدى

قوى اليسار الآن مهمة دفع منظمة مستقلة
للمطبقة العاملة إلى الأمام ومنحها منظور
وأفق.

على

البنى الحالية لا يمكن التعويل أبداً،
بينما يود اليسار الصهيوني العودة إلى
أوسلو في أحسن الأحوال، لا تستطيع فتح
وحماس طرح أي بدائل سياسية.

القيادة

الفلسطينية مرتاحة الآن في الوضع الراهن،
وتتمتع بامتيازات كبيرة وليس لديها أي
مفهوم عن كيفية خلق مقاومة فعّالة.
بدلاً

من ذلك، فإن الاحتجاجات الجماهيرية في
المنطقة هي شريك أهم بكثير:

سواء

في لبنان أو روجافا أو العراق أو الجزائر
أو مصر أو إيران.

فليس

فقط في فلسطين بل في كل مكان في العالم،
ترفض الجماهير المخطط الإمبريالي في
المنطقة والدعم الهائل للحكام المحليين.

مهمة

الحركة العمالية في أوروبا بالتالي هي
إحباط الخطط الاستعمارية و"الجغرافية

– الإستراتيجية"

لحكوماتها.

على

أعقاب الهزيمة في الاحتجاجات المناهضة
للأزمة وترنح الموجة الناشئة من القومية
في أوروبا، تم تطبيع المواقف القومية
والقريبة من الحكومات في الحركة العمالية

أكثر فأكثر.

في

خطة ترامب، يجب أن نرفض أيضاً مصالح
ألمانيا الهادفة للربح والعمل على تعليق
كل الدعم المالي والاقتصادي والعسكري
المقدم من ألمانيا للدولة الإسرائيلية

يجب

أن ندرك أيضاً أن سياسة حل الدولتين، كما
تمثلها السلطة الفلسطينية ومنظمة التحرير
الفلسطينية التقليدية، أدت إلى خضوع هذه
المؤسسات لاحتياجات القوى المحتلة وخيانة
النضال التحرري.

على

الرغم من سخط ممثلي السلطة الفلسطينية
مثل محمود عباس على الاستفزاز الذي تمثله
„خطة

السلام“،

فإن هذه القوى لم تفهم أن سياساتها الرامية
إلى التوفيق مع مصالح دولة إسرائيل هي
طوباوية وأضعفت الحركة الفلسطينية بشكل
أساسي.

حتى

لو كان „حل

الدولتين“

قابلاً

للتحقيق، فإن ذلك سيؤدي فقط إلى سكب القمع
الحالي في إناء مؤسسي جديد.
لذلك،

نحن ومن موقعنا داخل حركة التضامن ندعم
حل الدولة الواحدة الاشتراكية.

هذا

الأمر يمكن تحقيقه فقط إذا تم الربط بين
الكفاح في الداخل والنضالات الاجتماعية
والديمقراطية في جميع أنحاء الشرق الأوسط،

كما هو الحال في مصر ولبنان والعراق.
لتسمح
دولة فلسطين الاشتراكية لجميع اللاجئين
بالعودة ولتضمن نفس الحقوق لجميع السكان،
بغض النظر عن الدين.
لا
يمكن تحقيق هذا الهدف في المفاوضات مع
الحكومات الإمبريالية، وإنما فقط باستخدام
وسائل الصراع الطبقي.

Hanau: Trauer und Wut zu Widerstand!

Lorin Dilara

Gestern Abend zog ein Nazi los um Menschen mit nichtdeutschem Aussehen zu töten. Er ging in 2 Shishabars, weil er wusste, dass sich in diesen viele Menschen mit Migrationshintergrund aufhalten und tötete insgesamt 9 Menschen. 9 Menschen, die er nur aufgrund ihres Aussehens brutal erschoss, mit einer Waffe, welcher er legal besaß. Später erschoss er sich selbst und seine Mutter.

Unsere Trauer und Gedanken sind bei den Opfern und ihren Angehörigen. Aber wir dürfen es nicht bei Trauer belassen, sondern müssen diese in Wut und Widerstand umwandeln. Für uns Menschen mit Migrationshintergrund ist dies ein erschütternder Tag, aber nicht überraschend. Wir sehen Rassismus und Diskriminierung jeden Tag. Aber egal ob Islamfeindlichkeit, Antisemitismus oder Rassismus, wir müssen gemeinsam entschlossen dagegen ankämpfen!

In seinem Manifest schreibt der Attentäter, dass es nicht mehr ausreichen

würde gewisse Volksgruppen auszuweisen, da ihre Existenz an sich ein grundsätzlicher Fehler sei. Darunter aufgelistet sind halb Asien, Nordafrika, Israel und eine ganze Reihe von anderen Völkern, die laut ihm komplett vernichtet werden müssten. Diese Gedanken kommen nicht von irgendwo her, sondern sind Folgen des Rechtsrucks und einer immer rassistischer werdenden Politik und Gesellschaft. Der NSU, der Mord an Walter Lübcke, das Attentat in Halle, die Hetzjagden auf migrantisch aussehende Menschen in Chemnitz, People of Colour die in Gefängniszellen verbrannt werden, rechte Terrorzellen in der Bundeswehr und Polizei, organisierte Neonazis die in Dresden, Magdeburg und anderen Städten vor vier Tagen durch die Straßen marschierten, all das und so viel mehr zeigt uns nur eins ganz deutlich: Es ist ein gesamtgesellschaftliches Phänomen und der Nährboden dafür ist tief verwurzelt im Staat und unsere Gesellschaftsform, dem Kapitalismus.

Wir dürfen uns nicht auf staatliche Strukturen und Parlamente verlassen, die für Menschen mit Migrationshintergrund kaum zugänglich sind. Wir dürfen uns nicht auf Behörden verlassen die nicht nur auf dem rechten Auge blind sind, sondern teilweise selbst faschistische Netzwerke unterstützen. Dass Sigmar Gabriel, Maßen und Co auch nach dem gestrigen Attentat noch gegen Linke hetzen und Links mit Rechts gleichsetzen, verharmlos rechte Gewalt und spielt der AfD in die Hände. Die gestrige Tat kommt nicht von irgendwo her, sie ist eine Folge all dieser Faktoren, eine Folge des kapitalistischen Systems das die Menschen in Klassen und Nationen teilt.

Selbstorganisation und antifaschistischer Selbstschutz an den Orten an denen wir leben, lernen, arbeiten und uns mit FreundInnen treffen ist keine Frage mehr sondern eine Notwendigkeit! Es stellt sich schon lange nicht mehr die Frage des Pazifismus, wenn Nazis bewaffnet gegen MigrantInnen vorgehen, Staatsdiener darin mitmischen und Institutionen ununterbrochen durch Abschiebungen und Diskriminierung den eigenen Rassismus zelebrieren. Wir rufen außerdem dazu auf an den deutschlandweiten Kundgebungen heute Abend teilzunehmen, Leute dorthin zu mobilisieren oder selbst Kundgebungen anzumelden!

Unvollständige Liste:

Hanau 18:00 Marktplatz
Berlin 18:00 Hermannsplatz/B.Tor
Frankfurt 18:00 Paulsplatz
Stuttgart 18:00 Schlossplatz
München 20:00 Odeonsplatz
Dresden 19:00 Albertplatz
Leipzig 20:00 Otto-Runke-Platz/ Aldiparkplatz Eisi
Köln 19:00 Keupstraße/Schanzenstraße
Hamburg 18:30 #NoAfD Sitz- Zentrum
Kassel 18.00 Rathaus
Bremen 18:30 Ziegelmarkt
Bielefeld 18:00 Rathausplatz
Nürnberg 18:00 Lorenzkirche
Wetzlar 18:30 Herkules Center
Heidelberg 17.30 Bismarckplatz
Mannheim 19:00 Marktplatz
Tübingen 19 Uhr Holzmarkt
BadSegeberg 18:00h Marktplatz
Hannover 18:00 Kröpcke
Osnabrück 20.00 Nikolaiort
Marburg 20:00 Erwin Piscator Haus
Darmstadt 18 Uhr Luisenplatz
Gifhorn (Nds.) 17:00Uhr Kundgebung in der FuZo
Dachau 17:30 Ludwig-Thoma-Haus - AfD-Wahlkampfveranstaltung
Göttingen 18:00 Auditorium
Recklinghausen 18:00 Schaumburgstraße/Löhrhof
Dortmund 19:00 Friedensplatz
Demmin 18 Uhr Luisenplatz
Fürth 18 Uhr dreiherrenbrunnen, Schwabacher str.
Fulda 18 Uhr Alter Uni-Platz
Siegen 20 Uhr Kölner tor
Potsdam 18:00 Platz der Einheit / OdF Mahnmal
Karlsruhe 18:00 Kirchplatz St. Stephan

Dresden: Bericht zu den antifaschistischen Aktionen zum 13. und 15. Februar!

Am 13. Februar 1945 wurde Dresden von der Royal Air Force bombardiert. Zum 75. Jahrestag versuchten Neonazis und die AfD, wie in den vergangenen Jahren auch schon, einseitig der Bombenopfer zu gedenken und diese für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Jedoch wird nicht nur von faschistischen Kräften und anderen Rechten, sondern auch von der sogenannten „Mitte der Gesellschaft“, von der Stadtverwaltung und den bürgerlichen Parteien seit Jahren hartnäckig ein Opfermythos um das angeblich „unschuldige Dresden“ konstruiert, an den die Neonazis und RechtspopulistInnen mit ihren sogenannten „Trauermärschen“ und Gedenkkundgebungen nahtlos anknüpfen. Daher sollte man sich auch nicht über die Beteiligung von militanten Neonazis und faschistischen Kadern an den offiziellen Gedenkveranstaltungen der Stadt, wie an der undifferenzierten Verlesung der Namen aller Bombenopfer auf dem Heidefriedhof oder an der Menschenkette, wundern. Dass am 13. Februar beim Gedenken auf dem Friedhof undifferenziert Namen von Bombenopfern verlesen wurden, unter denen neben denen von ZivilistInnen auch viele NSDAP-Mitglieder und andere faschistische TäterInnen genannt wurden, ist für sich genommen schon bizarr. Dass aber Mitglieder von FDP (Stefan Scharf) und CDU zusammen mit der AfD beim Verlesen der Bombenopfer ausgerechnet dem stadtbekannten Neonazi Sebastian P. A. lauschten, stellte dabei die Spitze des Eisbergs dar. (1) Natürlich war vor allem die Bombardierung der ArbeiterInnen-Viertel durch die Alliierten zum Ende des Zweiten Weltkriegs ein unnötiges (aus heutiger Sicht) Kriegsverbrechen. Insbesondere, weil zu diesem Zeitpunkt die Rote Armee bereits vor Görlitz stand, also kaum mehr 100 Kilometer von Dresden entfernt war und immer weiter vorstieß. Jedoch stellt das einseitige Gedenken der Bombenopfer eine Form des

Geschichtsrevisionismus dar, da dieses ausblendet, dass der Zweite Weltkrieg durch das faschistische Deutschland begonnen wurde und der Bombardierung Dresdens die Luftangriffe der Wehrmacht auf Städte wie Coventry und Rotterdam vorausgingen. Ein solches Gedenken kann nur als perfider Versuch einer Täter-Opfer-Umkehr verstanden werden.

Wir haben uns auch dieses Jahr wieder der AfD und den Neonazis in den Weg gestellt und uns an den antifaschistischen Gegenaktivitäten beteiligt. Am 13. Februar hatte die AfD wieder zu einer Kranzniederlegung auf dem Altmarkt mobilisiert, an der sich etwa 150-200 Rechte, unter ihnen auch militante Neonazis, beteiligten. An der Gegenkundgebung nahmen etwa gleich viele AntifaschistInnen teil. Durch den lautstarken Protest gegen die AfD konnte die Vereinnahmung der Bombardierung der Stadt an diesem Abend zumindest akustisch teilweise erheblich gestört werden.

Am 15. Februar fand dann der alljährliche „Trauermarsch“ der FaschistInnen statt. Dieses Jahr hatte der NPD-Kreis- und stellvertretende Landesvorsitzende Maik Müller die Demonstration angemeldet, die 14 Uhr am Skatepark in der Nähe des Hauptbahnhofs beginnen sollte. Aufgrund des 75. „Jubiläums“ der Bombardierung Dresdens und des gesellschaftlichen Rechtsrucks, unter dem auch faschistische Kräfte wieder erstarken, wurden dieses Jahr bis zu 1.500 TeilnehmerInnen erwartet. Tatsächlich beteiligten sich allerdings „nur“ etwa 1.000 Menschen am Fackelmarsch der Neonazis, darunter wie in der Vergangenheit auch schon viele aus den umliegenden Nachbarländern. Erfreulich hingegen war dieses Jahr die Beteiligung an den antifaschistischen Gegendemonstrationen und Aktionen. Laut dem Bündnis „Dresden Nazifrei“ nahmen hieran sogar bis zu 5.000 Menschen teil. Dies stellt für sich bereits einen enormen Mobilisierungserfolg dar, wenn man bedenkt, dass sich im Vorjahr gerade mal 1.000 Menschen an der antifaschistischen Gegendemo beteiligten. Hierdurch und durch das entschlossene Handeln vieler AntifaschistInnen konnte der Naziaufmarsch mittels Blockaden erheblich gestört werden. Trotz der 1.500 PolizistInnen, die an dem Tag im Einsatz waren und auch nicht gerade zurückhaltend und zimperlich im Umgang mit den AntifaschistInnen vorgingen, gelang es der Polizei nicht, den „Trauermarsch“ wie geplant durchzusetzen. Das Ziel der

Neonazis, durch die Innenstadt zu laufen, konnte erfolgreich verhindert werden. Stattdessen mussten die FaschistInnen eine alternative, weitaus kürzere Route vom Skatepark über die Wiener Straße, Strehleener Straße hin zur Hochschule für Technik und Wirtschaft ablaufen, wo dann der Aufmarsch bereits endete. An der Abschlusskundgebung gab es dann schließlich Protest in Hör- und Sichtweite, an dem sich rund um den Hauptbahnhof so viele Menschen beteiligten, dass die Nazis unter massivem Polizeischutz von der HTW zum Hauptbahnhof geführt werden mussten.

Wir bewerten vor allem die antifaschistischen Aktionen am 15. Februar als erfolgreich. Dass es gelang, derartig viele Menschen zu mobilisieren und in die Blockaden mit einzubinden, war alles andere als vorher absehbar. Dass die Blockaden trotz der 1.500 Cops, die an dem Tag im Einsatz waren, standhalten konnten und somit den Neonazis den Tag vermiesten, kann nur als positive Entwicklung gesehen werden. Wir werden die Ereignisse vom 13. und 15. Februar auf unserem Auswertungstreffen am 24.02. noch mal ausführlich analysieren. Jedoch lässt sich jetzt schon sagen, dass wohl vor allem die Ereignisse in Thüringen um die Wahl von Kemmerich zum Ministerpräsidenten von AfD Gnaden der Mobilisierung gegen den Naziaufmarsch in Dresden in die Hände gespielt haben. Auch die Debatte über die unglückliche Entscheidung des #Unteilbar-Bündnisses, gleichzeitig am 15. Februar für eine bundesweite Großdemonstration in Erfurt wegen der Causa Kemmerich zu mobilisieren und der darauf folgende „Kompromiss“ des Bündnisses, sowohl zur Teilnahme an der Demo in Erfurt als auch zur Beteiligung an den antifaschistischen Gegenaktionen in Dresden aufzurufen, wird mit zum Mobilisierungserfolg beigetragen haben. Nicht zuletzt hat sich dieses Jahr ein neues Aktionsbündnis gegründet, um den faktischen Zusammenbruch des Bündnisses „Dresden Nazifrei“ abzufedern und die Mobilisierung und Organisation der Gegenproteste zu organisieren. Es ist nicht auszuschließen, dass sich dieser neue Zusammenschluss von vielen linken Gruppen ebenfalls positiv auf die Mobi ausgewirkt hat und ein weiterer Grund für die rege Teilnahme darstellt.

Leider kam es wieder einmal gleich zu mehreren Angriffen auf uns und Vorwürfen uns gegenüber durch die sogenannten „Antideutschen“ und jene

Linken, die deren Argumente unreflektiert teilen. Bereits auf der Auftaktkundgebung „Nazis stören“ am Hauptbahnhof, wo auch wir uns versammelten, kam es noch vor Beginn der eigentlichen Demonstration zu einem Übergriff durch vermeintliche Antideutsche auf uns. Eine Gruppe aus drei Menschen versuchte, unser Transparent zu entwenden, und zerrte minutenlang daran, konnte ihr Ziel jedoch nicht erreichen. Daraufhin wurde über den Lauti durchgesagt, dass antisemitische Gruppen (gemeint waren unter anderem die MLPD und wir) auf der Demo nicht erwünscht seien. Für diese Durchsage ist vermutlich die Gruppe HOPE verantwortlich, die uns auch schon in der Vergangenheit regelmäßig als antisemitisch diffamierte. Eine Begründung für diesen haarsträubenden Vorwurf wurde natürlich nicht mitgeliefert. Als wir das Gespräch mit dem Anmelder der Demonstration suchten, wurde behauptet, dass der Antisemitismus sich in einer angeblichen Solidarität mit der Hamas zeigen würde. Auf den Hinweis, dass sogar in unserem Programm wortwörtlich steht, dass die Hamas eine theokratisch-fundamentalistische, antisemitische und sexistische, reaktionäre Kraft darstellt, die den gemeinsamen Kampf der unterdrückten PalästinenserInnen mit der israelischen ArbeiterInnenklasse blockiert, wurde nicht weiter eingegangen. Es zeigte sich jedoch, dass unsere konsequente Ablehnung des bürgerlichen Nationalismus und unsere sozialistische Perspektive, die wir im Nahostkonflikt aufwerfen, das eigentliche Problem für die Antideutschen war. Dies als Antisemitismus zu diffamieren, entbehrt jeglicher Grundlage und zeigt die Schwäche in der Analyse von vielen Linken auf. Erwähnenswert ist auch, dass auf der Demonstration nur antikapitalistische Gruppen offen angegriffen wurden, während bürgerliche Parteien wie die Grünen und die verbürgerlichte SPD, die mit ihrer Politik mitverantwortlich für den Rechtsruck, die rassistische Abschiebep Praxis und Asylgesetzverschärfung sind, überhaupt nicht kritisiert wurden. Im Verlauf der Demonstration und Blockaden hatten wir dann immer wieder Probleme mit Antideutschen und anderen Verwirrten, die meinten, uns den Verkauf von Zeitungen und das Verteilen von Flyern verbieten zu müssen. In den darauf folgenden Diskussionen kamen die absurdesten Argumente zum Vorschein. Neben unseren Fahnen störten diese übereifrigen „Linken“ sich vor allem auch an einigen GenossInnen, die eine Kufiya (arabische Kopfbedeckung) trugen, und versuchten teilweise, diese herunterzureißen. Danach holten diese

Antideutschen wieder den Anmelder, der versuchte, die Blockade an der Prager Straße als Versammlung anzumelden. Dieser wollte uns das Verteilen unserer Flyer verbieten und drohte sogar damit, uns durch die Polizei von der Blockade entfernen zu lassen, falls wir uns nicht daran halten.

Wir weisen den Vorwurf, dass wir eine antisemitische Organisation sind, entschieden zurück. Unsere Solidarität mit der palästinensischen Befreiungsbewegung und das Eintreten für einen gemeinsamen, säkularen und sozialistischen Staat, in dem kein Mensch mehr aufgrund seiner Herkunft oder religiösen Überzeugung unterdrückt wird, hat absolut gar nichts mit Antisemitismus zu tun. Ganz im Gegenteil: Als KommunistInnen sind wir die entschlossensten GegnerInnen des Antisemitismus, da wir diesen nicht nur täglich auf der Straße, in der Schule, Uni und im Betrieb bekämpfen, sondern auch dessen Wurzel, den Kapitalismus.

Wir halten den Versuch, den antifaschistischen Gegenprotest noch vor Beginn der eigentlichen Demo zu spalten und uns durch absurde Vorwürfe öffentlich zu diffamieren, für einen schwerwiegenden politischen Fehler. Im Kampf gegen den Rechtsruck in der Gesellschaft und gegen faschistische Aufmärsche brauchen wir eine gemeinsame Aktionseinheit, wenn wir erfolgreich sein wollen. Eine Spaltung nützt letztlich nur den Rechten und dem/der KlassenfeindIn, aber sicher nicht der Entwicklung einer schlagkräftigen antifaschistischen Bewegung. Gerade vor dem Hintergrund der allgemeinen Schwäche der Linken hierzulande, aber auch aufgrund der stetig stärker werdenden Repression und Kriminalisierung von Linken durch den bürgerlichen Staat sollten wir enger zusammenrücken und uns trotz vorhandener Differenzen zumindest auf der Straße solidarisch zeigen. Vorhandene Kritik und Diskussionen um die richtigen Inhalte sollten nicht verschwiegen oder abgewürgt werden, sondern müssen und können auch öffentlich geäußert werden. Jedoch bringen uns unbegründete, an den Haaren herbeigezogene Vorwürfe, Verbote, als Organisationen offen aufzutreten und die eigenen Inhalte zu verbreiten und zu bewerben bis hin zu körperlichen Übergriffen und Auseinandersetzungen, keinen Schritt voran. Vielmehr sabotiert ein solcher „Stil“ lediglich die Handlungsfähigkeit unserer Bewegung. Stattdessen müssen wir für eine bedingungslose Kritik- und

Propagandafreiheit in der Aktionseinheit eintreten und uns kritisch-solidarisch miteinander über die richtigen Inhalte streiten. Falsche Positionen innerhalb der hiesigen Linken werden nicht durch Verbote und physische Übergriffe überwunden, sondern durch den Austausch von Argumenten. Wir waren bisher immer zu Diskussionen bereit und sind es auch nach wie vor, um die falschen Vorwürfe und vorhandene Vorurteile uns gegenüber aus der Welt zu schaffen. Dass wieder einmal nicht der solidarische Streit, sondern technische Angriffe uns gegenüber bevorzugt werden, können wir nur als Fehlen von vernünftigen Argumenten bewerten. Daher sind wir uns nach wie vor sicher, dass unsere sozialistischen Positionen richtig sind und dass nicht wir das Problem innerhalb der Dresdner Linken darstellen.

Am kommenden Montag ist Höcke bei Pegida als Gastredner angekündigt. Beim Gegenprotest wird sich zeigen, ob die Linke hier lernfähig ist oder aber ihren falschen Stil beibehält. Wenn sich am sektiererischen Verhalten von einigen „linken“ AktivistInnen nichts ändert, braucht sich auch keiner zu wundern, warum Pegida auch nach über 5 Jahren noch läuft und weiterhin regelmäßig 1.500 Rechte mobilisiert, während der Gegenprotest stets bei unter 50 TeilnehmerInnen stagniert.

Am 24.02. führen wir ein offenes Nachbereitungstreffen durch. Kommt vorbei, diskutiert mit uns über die Aktionen und darüber, wie wir die Bewegung weiter aufbauen können und welche Inhalte wir hierfür brauchen! Werdet auch über die bisherigen Aktionen hinaus aktiv und organisiert euch revolutionär!

Wie der Verfassungsschutz

Einfluss auf unsere Bildung nehmen will

Im November 2019 veröffentlichte das hessische Innenministerium eine neue Kampagne zur „Prävention gegen Linksextremismus“ namens „aufgeklärt statt autonom“. Im Zuge dessen wurden an alle hessischen Schulen, die eine 9. und 10. Klasse haben, eine Reihe von Plakaten und dazugehörigen Unterrichtsmaterialien geschickt. Wir haben uns das sogenannte Bildungsmaterial mal genauer angeschaut, damit ihr das nicht machen müsst.

Auf den ersten Blick fällt schon einmal auf, dass auf jedem Plakat kleine Bombensymbole verteilt sind. Text gibt es zwar nicht viel, aber eine Bild von einer Bombe mit Zündschnur reicht eigentlich schon aus, um zu erkennen, was das Innenministerium hier ausdrücken wollte. Auf den in apokalyptischen Farben gestalteten Plakaten sind auch ab und zu reale Menschen abgebildet, die zeigen, wie sich das Innenministerium seine „Linksextremisten“ vorstellt (oder gerne hätte): grimmig schauend, verumumt und mit Molotowcocktail in der Hand. Neben viel dramatischer Symbolpolitik gibt es auf einigen Plakaten sogar ein bisschen Schrift. An diesen Stellen wird es allerdings noch finsterer: So wird zum Beispiel eine Statistik angeführt, auf der die „Linksextremisten“ mit „Rechtsextremisten“ und „Islamisten/Salafisten“ verglichen werden. Natürlich kommt das Plakat zu dem Schluss, dass „Linksextremisten“ die größte Gefahr für die Demokratie darstellen. Als Grund dafür wird ihre zahlenmäßige Überlegenheit gegenüber den anderen

Extremistengruppen angeführt. Die Plakate konstruieren hier also drei verschiedene, gewaltbereite, gefährliche Horden, von denen die „Linksextremisten“ die schlimmsten seien. Das ist eine dreiste Verhöhnung der seit 1990 in Deutschland ermordeten 200 Todesopfer rechter Gewalt

Hier liegt eigentlich die Kernaussage der Plakate: Links- und Rechtsextremismus sollen miteinander gleichgesetzt, wenn nicht sogar die Gefahren rechter Ideologie und Gewalt relativiert werden. Für das hessische Innenministerium scheint es also keinen Unterschied zu machen, ob Menschen vor einer Geflüchtetenunterkunft stehen, um diese abzubrennen oder ob sie stehen, um die darin eingesperrten Menschen zu beschützen. Diesem Extremismusbegriff liegt die sogenannte „Hufeisen-Theorie“ zugrunde. Sie geht davon aus, dass es eine gute demokratische Mitte gebe, die von rechts und links durch extremistische Ränder bekämpft wird. Damit wird nicht nur rechte Gewalt durch die Gleichsetzung relativiert sondern auch suggeriert, dass es soetwas wie eine „demokratische Mitte“ gäbe. Wenn wir uns allerdings mal anschauen, wie die „Parteien der Mitte“ gerade Demokratieabbau vom Feinsten betreiben und wie sehr rassistische und antisemitische Einstellungen in dieser sogenannten Mitte in den letzten Jahren gewachsen sind, gerät dieses Bild schnell ins Wanken. Zugrunde liegt diesem Extremismusbegriff die „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ (FDGO). Diese gilt als Synonym für Demokratie. Komisch nur, dass der Begriff in der Verfassung gar nicht näher definiert ist. Definiert wurde er erst in Gerichtsverfahren zu Parteiverboten in den fünfziger Jahren. Zur FDGO wurden 8 Prinzipien erklärt, die angeblich das „Wesen der Demokratie“

beschreiben. Auffällig ist dabei, dass die Menschenrechte zum Beispiel nur sehr
vage erwähnt werden und sich die Prinzipien hauptsächlich auf Institutionen und
den Aufbau des Staates beziehen. Demokratie als eine Lebensweise sowie als sozialer und politischer Kampf, der oftmals auch gegen den Staat stattfinden musste und muss taucht hier nicht auf. Die „Hufeisen-Theorie“ und der mit ihr
einhergehende Extremismusbegriff wurden bereits in zahllosen Publikationen
wissenschaftlich eindeutig widerlegt und stellen nichts anderes als Kampfmittel
gegen Linke und die Arbeiter_innenbewegung dar.

Einer sozialistischen Gesellschaft wird auf den Plakaten jegliche Vielfalt und Demokratie aberkannt. Freiheit, Antirassismus, Umweltschutz, Gleichheit, Antisexismus und Solidarität werden als Beweggründe
für Menschen, die für Sozialismus kämpfen, mit den rassistischen Vernichtungsfantasien
von Nazigruppen gleichgesetzt. Auf dem Plakat zum Thema Antifaschismus wird
„Linksextremisten“ dagegen vorgeworfen, dass sie einen Zusammenhang zwischen
Faschismus und Kapitalismus herstellen würden. Abgesehen davon, dass dieser
Zusammenhang selbst für die CDU nicht von der Hand zu weisen ist, wird mit
seiner Leugnung auch die Unterstützung von Hitler durch das deutsche Großkapital und dessen direkte Beteiligung am Holocaust verschwiegen. Auf einem
anderen Plakat wird den „Linksextremisten“ kurz zugestanden, dass es zwischen
Anarchismus und Maoismus schon gewisse Unterschiede gibt. Gleichzeitig wird

aber wieder betont, dass alle „Linksextremisten“ nur dasselbe Ziel haben:
Die
gewaltsame Abschaffung der Demokratie, Massenmord und Staatsterror. Als
Beweis
werden dafür ganz im Kalter-Krieg-Style die DDR oder die Volksrepublik
China
angeführt, deren stalinistische Bürokratenherrschaft als Sinnbild des
Sozialismus erhalten muss. Zu jedem Plakat gibt es dann noch
Arbeitsblätter,
in denen die Schüler_innen jedoch nicht nach ihrer Meinung gefragt werden,
sondern nur überprüft wird, ob sie die ideologischen Botschaften der Plakate
auch richtig verstanden haben.

Die Materialien des hessischen Innenministeriums stellen
einen klaren Verstoß gegen das Kontroversitätsprinzip des Beutelsbacher
Konsens
dar. Ihr einziger Zweck ist es, Linke zu diskreditieren und zu kriminalisieren.
Offensichtlich ist auch die Handschrift des Verfassungsschutzes, die in den
Plakattexten auftaucht. Teilweise werden sogar genau dieselben
Formulierungen
wie im Verfassungsschutzbericht verwendet. So beschreibt die Gewerkschaft
GEW
die Plakatserie in einem wissenschaftlichen Gutachten auch als
„didaktisierter
und illustrierter Verfassungsschnutzbereich“ (vgl. GEW: Gutachten zur
Plakatserie „autonom statt aufgelärt“. Frankfurt 2020. URL:
https://www.gew-hessen.de/fileadmin/user_upload/bildung/themen/pol_bildun_g/200204_gutachten_aufgeklaertstatt_autonom_web.pdf).
Dort wird ebenfalls dazu geraten, die Unterrichtsmaterialien „unverzüglich
aus
den Schulen zu entfernen“. Ferner warnt die GEW-Hessen davor, dass der
Verfassungsschutz immer häufiger als vermeintlich neutraler Akteur an
Schulen
und auf Bildungsveranstaltungen auftritt. Neben Polizei und Bundeswehr will
nun

also auch der Verfassungsschutz im Bildungswesen mitmischen. Dagegen müssen wir

uns wehren! Der Verfassungsschutz ist eine Institution mit großen Machtbefugnissen, die sich jedweder demokratischer Kontrolle entzieht. Insbesondere in Hessen war der Verfassungsschutz tief in die rassistische Mordserie des NSU verstrickt. Es sagt schon sehr viel, über die politische Ausrichtung des hessischen Innenministeriums, wenn es kurz nach dem von Faschisten verübten Mord am hessischen Regionalpolitiker Walter Lübke erst

einmal „Bildungsmaterialien“ zur Prävention von „Linksextremismus“ in Auftrag

gibt. Linke Tendenzen bei Schüler_innen, verursacht durch Desillusionierung oder

Jugendbewegungen wie Fridays for Future scheinen die größere Gefahr für das

System darzustellen als rechte Mordanschläge.

Vom Innenministerium mit der Materialerstellung beauftragt

wurde die Arbeitsgemeinschaft „Jugend und Bildung e.V.“. Diese gehört zur „Eduversum

GmbH“, welche wiederum aus dem FDP-nahen „Universum-Verlag“ stammt. Dieser ist

bereits bekannt dafür Schulen, Lehrkräfte und Schüler_innen mit kostenlosen Unterrichtsmaterialien vollzuspamen, die voll von neoliberalen und unternehmensfreundlichen Positionen sind. Immer häufiger erstellen nicht nur

staatliche Repressionsbehörden sondern auch Unternehmen eigene „Bildungsmaterialien“. So gibt es beispielsweise auch Arbeitsblätter der Autofirma BMW, die Grundschüler dazu auffordert, kleine BMWs zu zeichnen. Hier

spielt nicht nur Marketing sondern auch Ideologie eine Rolle. Lehrer_innen greifen leider angesichts Zeitmangels, wachsender Aufgaben und mangelhafter

Ausbildung immer häufiger auf die kostenlosen Angebote der Bourgeoisie zurück. Letztlich

verfolgt Schule im Kapitalismus ohnehin den Zweck Schüler_innen zu funktionstüchtigen Mitgliedern der kapitalistischen Verwertungsgesellschaft zu erziehen. Dennoch sollten wir uns gegen die Eingriffe von Verfassungsschutz, Bundeswehr und Unternehmen in unsere Schulen wehren! Solche Plakate und Arbeitsblätter gehören in den Müll und die Diskussion darüber in den Unterricht. Unser Widerstand kann so auch zum Ausgangspunkt für eine neue Schule in einer neuen Gesellschaft sein. Als sogenannte „Linksextremisten“ sind wir schließlich keine Gefahr für die Demokratie, sondern die Bewegung für umfassende, gesamtgesellschaftliche Demokratisierung. Eine Gefahr sind wir i lediglich für ein Wirtschaftssystem- und Nationalstaatssystem, das sich uns dabei in den Weg stellt!